

metall

Dein Magazin

Jahrgang 77 | 2/2025 | D 4713 | igmetall.de/metall



JETZT zählt es!

Am 15. März kämpfen wir für unser Industrieland und unsere Zukunft



Foto: Darius Ramazani/Cordula Kropke (Montage)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Februar 2025



Die Netzentgelte entwickeln sich immer stärker zum zentralen Preistreiber bei der Stromversorgung – für die Industrie und die Privathaushalte. Um den Industriestandort Deutschland zu sichern, spricht sich die IG Metall dafür aus, dass der Staat die überregionalen Stromnetze übernimmt und den dringend nötigen Ausbau der Netze in Eigenregie vorantreibt. Andernfalls drohen die Stromkosten weiter zu steigen – mit fatalen Folgen für Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitsplätze in der Industrie.

Foto: picture alliance/CHROMORANGE/wolfgang cezanne

Editorial

Die Zukunft wartet nicht



Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Thomas Range

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland hat gewählt. Bald gibt es hoffentlich einen Koalitionsvertrag. Dort wird die neue Regierung wortreich ihre Vorhaben und Maßnahmen beschreiben.

Das reicht uns aber nicht. Wir wollen Taten sehen. Genau daran erinnern wir die Verantwortlichen mit unserem Aktionstag am 15. März. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Themen ganz oben auf der Liste stehen – egal wer am Ende im Kanzleramt sitzt!

Die Lage ist ernst, das wissen wir alle. Zehntausende Arbeitsplätze sind bedroht. Wir haben als IG Metall unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben einen Plan, um das Ruder herumzureißen:

Kurzfristig brauchen die Unternehmen ganz konkrete Unterstützung bei den Energiepreisen. Die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch. Das reicht aber nicht. Es muss endlich investiert werden, beispielsweise in neue Straßen, Schienen, Brücken, Ladestationen für E-Autos oder Wasserstoffnetzwerke.

Von Arbeitgebern und Politik erwarten wir eine Job-Offensive, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen Investitionen in Technologien wie Halbleiter, Batterien, Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energien. Denn das sind wichtige Arbeitsplätze für die Zukunft.

Klar ist doch: Der Wohlstand dieses Landes steht auf Euren Schultern, den Schultern der Beschäftigten in Industrie und Handwerk! Ihr haltet dieses Land am Laufen. Ihr seid echte Leistungsträger. Über Generationen haben wir uns in vielen Betrieben erstklassige Tarifverträge und eine schlagkräftige Mitbestimmung erkämpft. Nichts wurde uns geschenkt. Das gilt es nun zu verteidigen. Wir streiten um jeden Arbeitsplatz in diesem Land!

Politik und Arbeitgeber lassen wir nicht vom Haken: Kommt mit Kind und Kegel zum Aktionstag am 15. März nach Stuttgart, Frankfurt am Main, Köln, Hannover und Leipzig. Die Zukunft wartet nicht. Also gehen wir ihr entgegen – gemeinsam, stark, entschlossen. WEIL DAS JETZT ZÄHLT!

Herzlich, Eure

Christiane Benner

Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 1/2025

Foto: IG Metall

Das Gejammer der Industrie

METALL 1/2 2025

»Zeit zu handeln ist JETZT ...«

Langsam kann ich das Gejammer der Industrie nicht mehr hören, dass die Strompreise zu hoch sind. Das ist doch oft nur der Wunsch nach Subvention durch die Öffentlichkeit. Viele Firmen könnten selbst etwas für geringere Stromkosten tun, wenn sie endlich ihre Hallendächer für Photovoltaik nutzen würden.

Werner Bischof, Besigheim

»Den Kampf organisieren«

METALL 1/2 2025

»Zur Berichterstattung der metall«

Das Märchen »Gehts dem Unternehmen gut, geht es uns allen gut« scheint Leitfaden einiger Artikel in der metall 1/2025 zu sein. Bei den heutigen Krisen und Kriegen versagt so ein Ansatz total. Noch stärkere Umverteilung und Ausbeutung kann die seit 2018 eingebrochene Industrieproduktion nicht stabilisieren, nur die Profite steigen! Ein Beispiel ist der geforderte Industriestrompreis. Bezahlen sollen wir ihn, absahnen tun die großen Unternehmen. Nein, unsere Forderung muss sein, insgesamt die Strompreise zu senken, auf Kosten der Profite von RWE und Co. Sinngemäß gilt das Gleiche für den Umweltschutz, die Arbeits- und Ausbildungsplätze und so weiter. Dafür muss die IG Metall den Kampf organisieren. Einziger Maßstab sind die Interessen der Beschäftigten.

Stefan Kauf, per E-Mail

Konzerne unter demokratische Kontrolle stellen

METALL 1/2 2025

»Zeit zu handeln ist JETZT: Das fordert die IG Metall«

Der DAX steigt weiter, Konzerne bekommen Milliardenprofite, zahlen Milliarden an Dividenden, aber kaum Steuern. Jetzt sollen sie noch stärker durch unsere Steuermilliarden (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer) gefördert werden. Wäre es da nicht sinnvoller, die Konzernprofite zu reduzieren (zum Beispiel höhere Löhne/Gehälter, mehr Kapital-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, mehr Investitionen entsprechend unseren Bedürfnissen) und die Wirtschaft zu demokratisieren, also die Konzerne unter die demokratische Kontrolle der Öffentlichkeit und der Beschäftigten zu stellen? Kann nicht nur so die Beschäftigung gerecht verteilt und das Einkommen der großen Mehrheit der Bevölkerung, also der Nichtsuperreichen, gesichert werden?

Uwe Schnabel, Coswig

»Es ist die Wirtschaft, die hier investieren muss«

METALL 1/2 2025

»Die Zukunft steckt in der Pipeline«

Dass Wasserstoff die Energie der Zukunft ist, hören wir seit Jahrzehnten. Doch gerade die Automobil- und Stahlindustrie haben diese Möglichkeit boykottiert und tun es noch. Ich habe 37 Jahre bei Thyssen-Krupp Steel gearbeitet. Da wurde diese Diskussion verdrängt und lieber zwölf Milliarden Euro in den brasilianischen Sumpf gesetzt. Auch heute ignoriert Herr López die klimapolitischen Erkenntnisse und das Rad der Wasserstoffalternative wird zurückgedreht, obwohl man damit noch gar nicht ernsthaft angefangen hat. Auch der Vorsitzende des Betriebsrats liegt falsch, wenn er fordert, dass die Politik handeln muss. Es ist die Wirtschaft, die hier investieren muss, denn sie streicht später auch die Gewinne ein. Zur Planung gehören natürlich auch Kooperationsverträge mit den Ländern, die die besten Voraussetzungen haben, Wasserstoff zu produzieren. Dank Elektrolyseanlagen und Pipelinenetz könnte man den grünen Wasserstoff erzeugen und dahin transportieren, wo er gebraucht wird. Das alles wäre vernünftig und sinnvoll, doch diese Begriffe sind in der kapitalistischen Markt- und Finanzwirtschaft unbekannt.

Rolf Zydeck, Bottrop

Unternehmen zahlt Sehhilfen

METALL 11/12 2024

»Neue Standards für Bildschirmarbeit«

Der Artikel enthält keine Aussage über die Nutzungsdauer nach der neuen Arbeitsstättenregel für Bildschirmarbeit. Laut der soll bevorzugt Mischarbeit eingerichtet werden. Falls das Unternehmen die nicht anbieten kann, muss die Bildschirmarbeit regelmäßig zur Augenerholung unterbrochen werden. Nach einer Stunde ununterbrochener Bildschirmarbeit wird eine Pause von fünf Minuten empfohlen, die jedoch als Ergebnis einer Gefährdungsbeurteilung verlängert werden kann. Bei der wird auch geprüft, ob das Unternehmen vorsorgende Augenuntersuchungen gemäß der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge anbieten muss. Werden daraufhin Sehhilfen notwendig, muss die das Unternehmen bezahlen.

Joachim Schubert, Mannheim

Tarif

Kfz: IG Metall fordert 6,5 Prozent

KFZ-TARIFRUNDE 2025

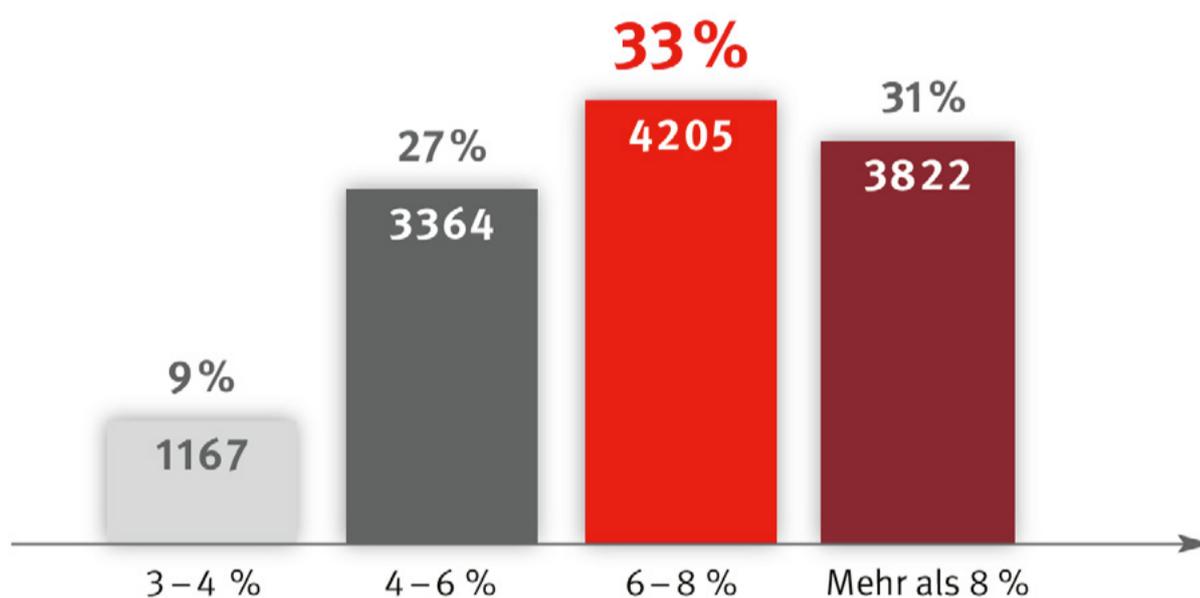
6,5 Prozent mehr Geld, 170 Euro mehr für Auszubildende und eine Entlastungskomponente: Mit diesen Forderungen geht die IG Metall in die Tarifverhandlungen im Kfz-Handwerk. Dazu hat sie über 12 000 Beschäftigte in den Betrieben befragt.

Von Dirk Erb

Mitte März starten die Tarifverhandlungen im Kfz-Handwerk. Die IG Metall fordert 6,5 Prozent mehr Geld für 12 Monate, eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 170 Euro im Monat sowie eine Entlastungskomponente für die Beschäftigten.

Diese Forderungen haben die Tarifkommissionen der IG Metall im Kfz-Handwerk Anfang Februar aufgestellt. Der Vorstand der IG Metall hat die Forderungen dann am 18. Februar verabschiedet. Zudem befragte die IG Metall die Beschäftigten in den Kfz-Betrieben. Eine Mehrheit von 33 Prozent hält eine Forderung von 6 bis 8 Prozent mehr Geld für gerechtfertigt.

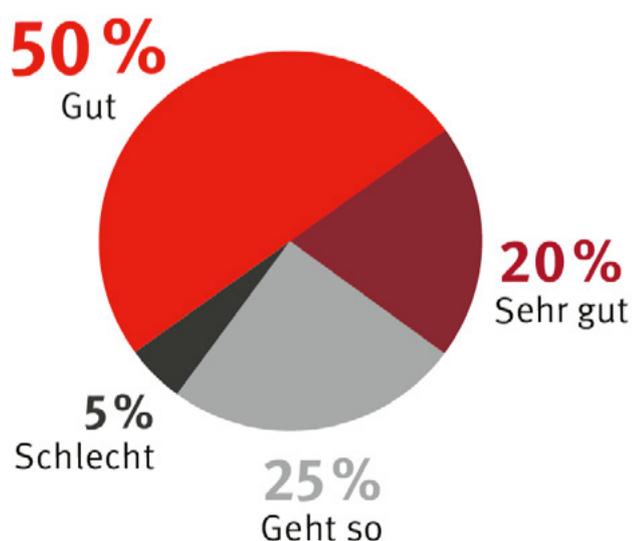
Eine Mehrheit der Beschäftigten im Kfz-Handwerk hält eine Forderung von 6 bis 8 Prozent mehr Geld für gerechtfertigt.



Befragung im Kfz-Handwerk. Neben der Debatte über Tarifforderungen in Betrieben und auf Versammlungen befragte die IG Metall über 12 000 Kfz-Beschäftigte direkt.

70 Prozent der Beschäftigten schätzen die Lage in ihren Betrieben als gut oder sehr gut ein. Der Gebrauchtwagenhandel brummt und erzielt gute Renditen. Der Neuwagenverkauf jedoch stottert, was wiederum gut für das Servicegeschäft in den Werkstätten ist, da das Durchschnittsalter der Fahrzeuge und damit der Reparaturbedarf steigt.

So schätzen Beschäftigte die wirtschaftliche Lage ihres Betriebs ein:



Stabile Lage: Der Neuwagenverkauf stottert, doch Gebrauchtwagen und Service brummen.

Belastung steigt, Fachkräfte gehen

Die Auftragsbücher sind voll. Beschäftigte berichten über zunehmende Arbeitsbelastung, hohe Krankenstände und mangelnde Wertschätzung. 54 Prozent der Befragten sagen, dass deshalb vermehrt Beschäftigte den Betrieb verlassen. Anderswo gibt es mehr Geld bei weniger Belastungen. »Wir dürfen beim Entgelt nicht den Anschluss an andere Branchen verlieren – zumal bei uns ein hohes fachliches Know-how und eine hohe Flexibilität gefordert sind«, warnt Thomas Jagmann, Betriebsratsvorsitzender des Audi-Zentrums Leipzig und Mitglied der Kfz-Tarifkommission NordOst.

»Aktuell verliert unsere Branche Fachkräfte an Betriebe, die keine Schichtarbeit oder Samstagsdienste verlangen und geringere körperliche und psychische Anforderungen stellen.

Zudem wird es immer schwieriger, Auszubildende zu gewinnen – bei gerade einmal 960 Euro Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr.« 70 Prozent der Befragten befürworten daher eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen.

»Solidarisch und laut auftreten«

Doch trotz des Fachkräftemangels werden die Verhandlungen nur mit der aktiven Beteiligung der Beschäftigten zum Erfolg, betont Nadine Boguslawski, die im IG Metall-Vorstand für das Handwerk verantwortlich ist. »Eure Teilnahme an Aktionen ist entscheidend. Lasst uns in den kommenden Wochen mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die IG Metall gewinnen und gemeinsam solidarisch, laut und entschlossen auftreten.«

[igmetall.de/kfz-tarifrunde](https://www.igmetall.de/kfz-tarifrunde)

54% der Beschäftigten sagen, dass derzeit vermehrt Beschäftigte ihren Betrieb verlassen.

Tarif

Entlastungen schaffen

TARIFRUNDE

Zu wenig Geld, zu viele Belastungen: So sehen es viele Beschäftigte in der aktuellen Tarifrunde der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Ein Blick auf die erste Verhandlung Ende Januar zeigt, was den Beschäftigten besonders wichtig ist und wie sie das begründen.

Von Jacqueline Sternheimer



Der Beruf der Einzieherin erfordert viel Erfahrung und hohes handwerkliches Geschick an der Webmaschine. Fachkräfte sind sowohl in der Textil- als auch in der Bekleidungsindustrie sehr gefragt. Leider rücken zu wenig junge Menschen nach. Die Forderung der IG Metall gilt für die 100 000 Beschäftigten der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. 51 000 profitieren unmittelbar von einem Tarifvertrag.

Foto: Michael Wallmüller

Sabine Kühn hat eine Mission. Mit dem Auto ist sie frühmorgens in Niedernhall gestartet. Das liegt zwischen Stuttgart und Würzburg. Heute ist die erste Tarifverhandlung der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Wie alle Mitglieder der zentralen Verhandlungskommissionen vertritt Sabine die lokalen Tarifkommissionen und damit die Beschäftigten im Betrieb. Sie spricht also an diesem Tag für rund 15 600 Beschäftigte.

Arbeitgeber und Gewerkschaft sitzen sich in einem holzvertäfelten Saal gegenüber. Alle begegnen sich im Ton freundlich, sachlich, doch nachdem – wie bei der ersten Verhandlung üblich – beide ihre Sicht auf die wirtschaftliche Lage dargestellt haben, wird es doch noch emotional und kämpferisch. Sabine ergreift das Wort. Sie hat ja eine Mission.

Sie sitzt Arbeitgebern von mittelständischen bis großen Textil- und Bekleidungsunternehmen gegenüber. Vertreter von namhaften Unternehmen wie Friedola oder Seidensticker sind dabei. »Ich habe den Auftrag, Ihnen mitzuteilen, dass unsere Beschäftigten die Forderungen für dringend und absolut umsetzbar halten. Sie brauchen dringend mehr Geld, um die gestiegenen Kosten auszugleichen«, sagt sie mit Nachdruck in der Stimme. Die Betriebsratsvorsitzende von Konrad Hornschuch mit über 1100 Beschäftigten weiß, wovon sie spricht. Sie sitzt direkt an der Basis.

6,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro fordert die IG Metall. So sollen die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders profitieren. Außerdem soll die Altersteilzeit fortgesetzt und mit mehr Plätzen ausgestattet werden. Gespräche über einen Mitgliederbonus werden auch gefordert. »Es geht in dieser Tarifrunde vor allem darum, eine echte Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen. Sie haben das jetzt dringend nötig. Die hohen Preise drücken enorm auf ihre Geldbeutel und die Belastungen in den Unternehmen steigen massiv«, sagt Miriam Bürger, Verhandlungsführerin der IG Metall.

Viele arbeiten in Schicht

Nicht nur finanziell sind viele Beschäftigte der Textil- und Bekleidungsindustrie besonders belastet, auch für die physischen Belastungen infolge des Fachkräftemangels und der häufigen Schichtarbeit brauchen die Beschäftigten Entlastung. »Wir haben mehr Aufträge, als wir abarbeiten können, weil uns die Leute fehlen«, sagt Thorsten Rotter, ebenfalls Mitglied der zentralen Verhandlungskommission und Betriebsrat bei Autoflug.

Zur Entlastung der älteren Belegschaft fordert die IG Metall nicht nur die Fortsetzung der tariflichen Altersteilzeit, sondern auch mehr Plätze pro Betrieb. Fragt man die anwesenden Betriebsräte der zentralen Verhandlungskommission, zeichnet sich ein einheitliches Bild ab: Der Altersdurchschnitt in den Betrieben ist außergewöhnlich hoch. Häufig arbeiten die Beschäftigten in Schichtarbeit. Das belastet besonders die älteren Kolleginnen und Kollegen.

Keine rosigen Aussichten

Entlastet werden sollen auch die Mitglieder der IG Metall. Warum, betont Thorsten Rotter: »Wir brauchen dringend einen Mitgliederbonus. Die tariflichen Erhöhungen bekommen alle, wir müssen den Beschäftigten aber gerecht werden, die mit ihrem finanziellen und zeitlichen Einsatz dafür sorgen, dass es diese gibt.«

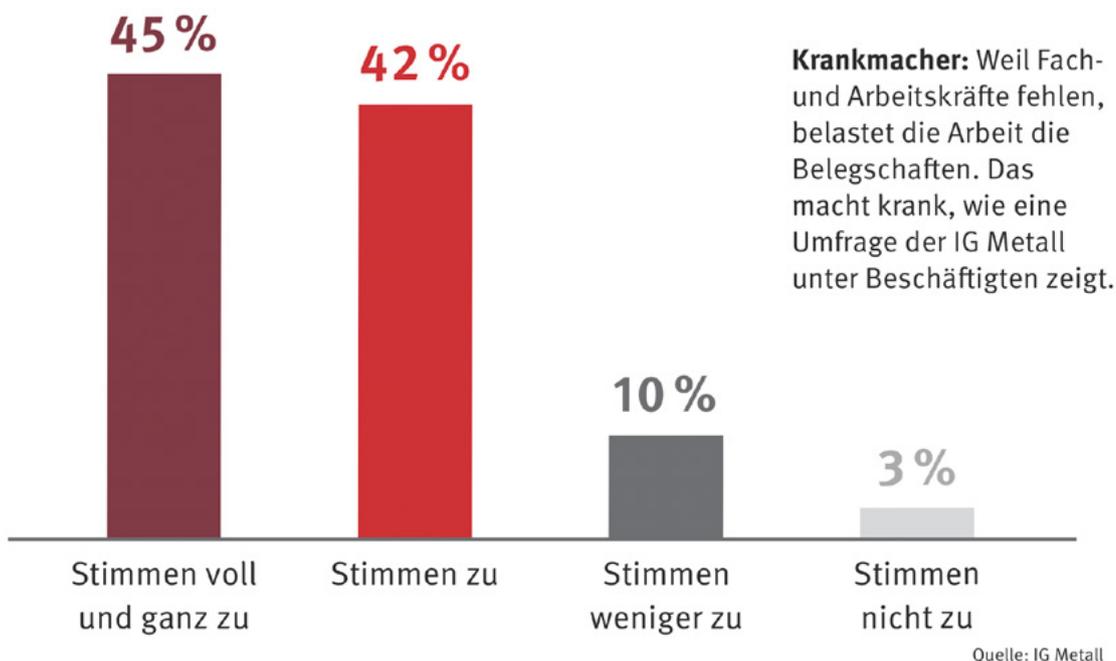
Über die wirtschaftliche Lage der Branche besteht weitgehend Einigkeit zwischen Arbeitgebern und IG Metall: absolut nicht rosig. Aber es gibt auch Unternehmen, bei denen es »in Ordnung« bis gut läuft. Darunter sind viele tarifgebundene Betriebe. Das kann Katja Kollosche bestätigen. Ihr Chef sitzt ihr bei den Verhandlungen auf der Arbeitgeberseite gegenüber. Das Unternehmen Paul Hartmann stellt Medizinprodukte her. »Hartmann geht es trotz des schwierigen Umfelds gut, daher hoffen wir auf eine Erfolgsbeteiligung«, sagt Katja. Dementsprechend sind auch die Erwartungen an die Tarifverhandlungen groß, weiß die Betriebsratsvorsitzende.

Bei Redaktionsschluss stand die zweite Verhandlung Ende Februar noch aus. Warnstreiks können ab dem 1. März stattfinden. Wie die Tarifkommissionen berichten, sind die Belegschaften vorbereitet und kampfbereit – Warnstreiks steht also nach einer weiteren erfolglosen Verhandlung nichts mehr im Wege.

Das bestätigt auch Sabine Kühn: »Wir stecken mitten in den Vorbereitungen, um unsere Forderungen lautstark auf die Straße zu bringen.« Die Arbeitgeber werden also weiter von ihr und den Forderungen der Beschäftigten hören.

Mehr Infos unter: [igmetall.de/textil-west](https://www.igmetall.de/textil-west)

Durch den Mangel an Arbeitskräften steigt die Belastung und der Stress für die Beschäftigten. Viele werden dadurch krank.



Wenn Du an die Forderung »mehr Geld« denkst: Was ist Dir persönlich dabei besonders wichtig?

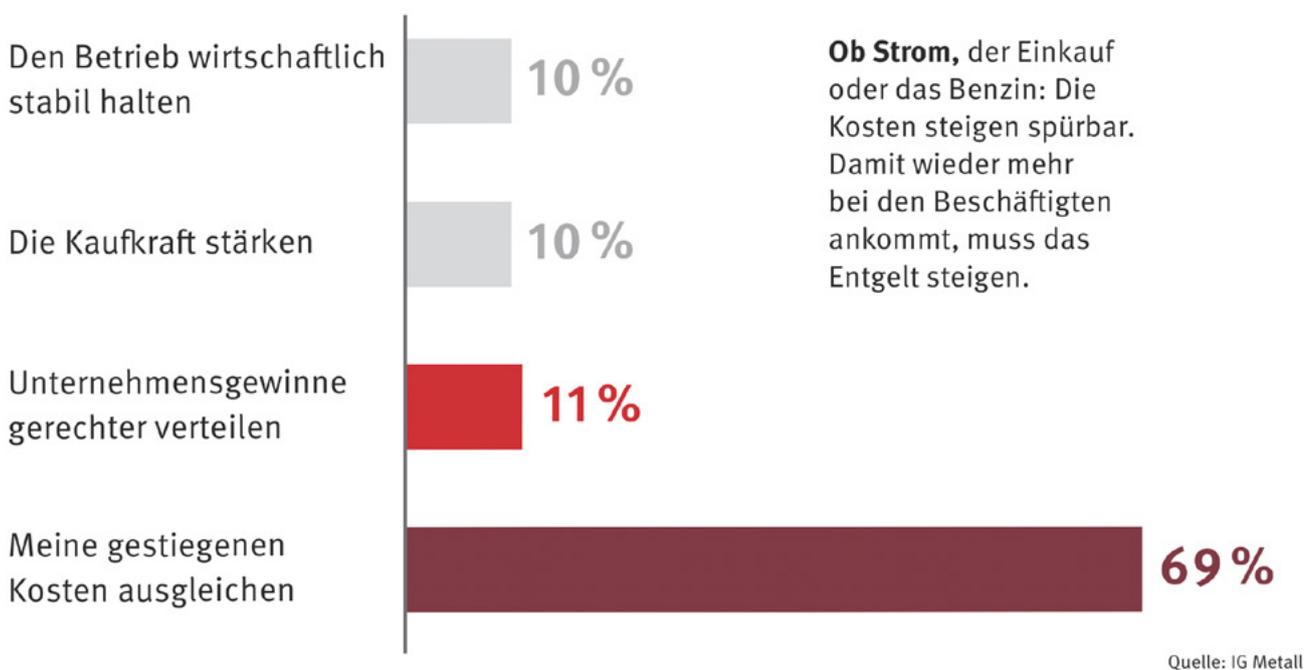


Foto: Privat

»Wir stecken in den Vorbereitungen, um unsere Forderungen lautstark auf die Straße zu bringen.«

Sabine Kühn, Betriebsratsvorsitzende, Konrad Hornschuch

Politik & Gesellschaft

Mama macht das schon

KINDERBETREUUNG

Eltern kennen das Problem: »Heute findet leider keine Betreuung für Ihr Kind statt.« Für berufstätige Eltern heißt das: kurzfristig für Betreuungersatz sorgen. Meistens springt dann Mama ein. Wie es besser laufen kann, berichten drei Mütter.

Von Jacqueline Sternheimer



Abholbereit: Seyhan holt ihre jüngere Tochter vom Betriebskindergarten ab. Seit die Sechsjährige vor zwei Jahren hierhingewechselt ist, hat die alleinerziehende Mutter seltener Betreuungsprobleme.

Foto: Karl Banski

Ein schlechtes Gewissen, Angst, Zerrissenheit: Diese Worte fallen, wenn Müge Kilic über ihre Rückkehr in den Job spricht. Ihre Tochter ist 15 Monate alt. Seit November arbeitet Müge nach ihrem Mutterschutz und ihrer Elternzeit wieder bei VW in Salzgitter. Ihre Tochter geht jetzt in die Krippe. Eigentlich hat Müge eine fröhliche Art, ist optimistisch und die Freude in ihrer Stimme wird noch größer, wenn sie von ihrer Tochter spricht. Trotzdem wächst ihr Leidensdruck. Sie spricht offen über die Mehrfachbelastungen.

Schon viermal hatte die Kita seit dieser Zeit ganze Tage kurzfristig geschlossen. Hinzu kommen einige Krankmeldungen von Müge – entweder weil die Kitakeime und -viren sie niedergestreckt haben oder weil sie Kinderkrankentage nehmen musste. Tariflich stehen ihr die sogenannten T-ZUG-Tage zu – die Möglichkeit zu wählen zwischen freien Tagen oder Geld für Eltern von jüngeren Kindern oder Beschäftigte, die Angehörige pflegen. Auch diese Option hat Müge schon einige Male genutzt. »Immer wieder das Handy in die Hand zu nehmen, beim Arbeitgeber anzurufen und zu sagen, dass ich später komme oder heute mal wieder gar nicht, das zerreißt mich.

Ich habe dauerhaft ein schlechtes Gewissen« – sowohl der Arbeit als auch ihrer Tochter gegenüber, betont sie. Ihr Mann würde gern öfter einspringen, wenn das Kind kurzfristig nicht betreut werden kann, doch das starre Schichtsystem, in dem er arbeitet, lässt das nicht zu. »Ich als Mama komme am Ende oft zu kurz«, sagt Müge.

Die Betriebskita brachte Entlastung

Damit ist Müge nicht allein. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung waren im vergangenen Herbst knapp 60 Prozent der Eltern mit kürzeren Betreuungszeiten oder gar Schließungen ihrer Kita konfrontiert. Frauen reduzieren häufiger als Männer ihre Arbeit oder nehmen sich Urlaub, wenn es zu Betreuungsproblemen mit den Kindern kommt. In 64 Prozent der Fälle springen die Mütter ein, Männer nur in 48 Prozent. Das steigert nicht nur die Arbeitsbelastung, das mindert auch die Karrierechancen der Frauen. So erging es auch Seyhan Savas-Palberg. Ihre heute neun Jahre alte Tochter ging bereits zur Schule, als Seyhan vor zwei Jahren eine damals vierjährige Pflegetochter aufnahm. Ständig erreichte die alleinerziehende Mutter kurzfristig die Nachricht, dass die Kita den ganzen Tag geschlossen bleibe oder früher schließe. Sie hatte keine Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten. Sie musste deshalb spontan Urlaub beantragen oder ihre Eltern bitten, auf das Kind aufzupassen.

»Ich habe mehrmals im Monat nicht arbeiten können«, sagt Seyhan. Die Konflikte mit der Chefetage nahmen zu. Nach einem halben Jahr in der städtischen Kita konnte sie ihre Pflegetochter dann in der Betriebskita ihres Arbeitgebers ThyssenKrupp Steel in Duisburg unterbringen. Der Betriebskindergarten entstand auf Initiative des Betriebsrats und des Frauenarbeitskreises.

Seitdem läuft alles besser: Der Kindergarten sorgt durch ein Ausfallmanagementsystem dafür, dass nie alle Kinder gleichzeitig plötzlich alternativ betreut werden müssen, wenn das Personal spontan wegfällt. Die Kinder sind in Gruppen aufgeteilt – täglich abwechselnd bleibt eine Gruppe zu Hause.

Die Eltern können flexibel untereinander tauschen, an welchem der betroffenen Tage ihr Kind dran ist. Trotzdem ist auch Seyhan auf mehr Flexibilität am Arbeitsplatz angewiesen, um die ganze Betreuungslast zu stemmen. Sie hat die Stelle gewechselt und kann nun mehrmals in der Woche bei Bedarf im Homeoffice arbeiten. »Das hilft sehr«, sagt sie.

Dank Tarif mehr freie Tage

Ihre Kolleginnen und Kollegen brachten ihr zu jeder Zeit viel Verständnis entgegen. Davon hätte sie sich manchmal auch mehr vonseiten des Unternehmens gewünscht. »Kinder sind doch das Allerwichtigste.« Ob das Arbeitsumfeld als familienfreundlich wahrgenommen und so Stress abgebaut werde, liege genau an solchen Faktoren wie mehr Flexibilität durch mobiles Arbeiten, weiß Sandra Graf, Betriebsrätin bei Bosch in Bühl. Dort berät sie seit 15 Jahren Eltern und die, die es bald werden. »Ich rate immer, erst einmal offen mit den Problemen auf den Arbeitgeber zuzugehen und nach Lösungen zu suchen.« Wenn es dann noch Probleme gibt, sind Betriebsrätinnen wie Sandra die richtige Anlaufstelle oder engagierte Sozialberatungen, wenn – wie an Sandras Standort – vorhanden.

Auch Sandra kann aus ihrer in Beratungsgesprächen gewonnenen Erfahrung berichten, dass die Nöte der Eltern aufgrund von Betreuungsproblemen in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen haben. »Meistens sind es die Frauen, die das dann wuppen«, sagt Sandra, selbst Mutter von zwei Kindern. »Die T-ZUG-Tage sind sehr gefragt bei uns«, weiß sie. Seit der vergangenen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie kann dieses tarifliche Werkzeug zur Entlastung häufiger angewendet werden: Eltern können nun mehr freie Tage nehmen. Die Option gilt jetzt auch für alle Eltern mit Kindern bis zwölf Jahre und nicht wie vorher nur bis sechs Jahre.

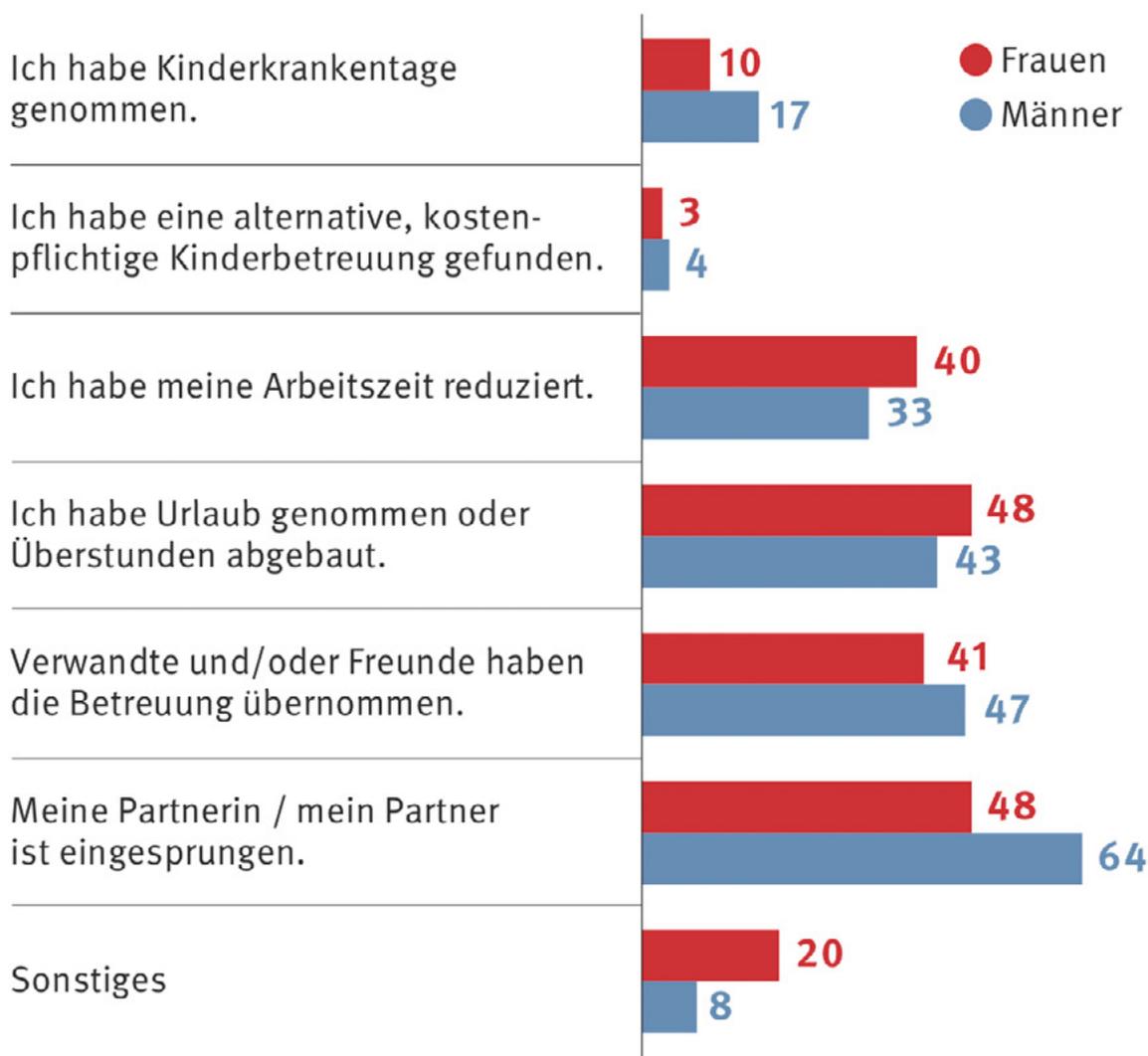
Egal wie belastet Müge und Seyhan sind – die Metallerinnen wehren sich und sie wissen sich zu helfen. Ob über den Betriebskindergarten, mit tariflichen Leistungen wie zusätzlichen freien Tagen oder auch mal mit der Hilfe solidarischer Kolleginnen und Kollegen – sie schlagen sich durch.

IG Metall fordert mehr von der Politik

Dass »sich durchschlagen« nicht zur Norm werden darf, zeigt nicht zuletzt die Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Zu viele Eltern sind betroffen. Müge, Vertrauenskörperleitung bei VW in Salzgitter, fordert »einfach mehr von der Politik«. »Während der Debatten zur Bundestagswahl stehen wir Eltern und Mütter nie im Fokus. Wer stressfreier und gesünder zur Arbeit kommt, ist motivierter«, formuliert sie in Richtung Arbeitgeber und Politik.

In ihrem Elf-Punkte-Plan richtet sich auch die IG Metall mit Forderungen an Politik und Betriebe. Ein Bestandteil des Forderungspakets sind qualifizierte Fachkräfte. Hier soll auch das Potenzial von Frauen in den Blick genommen und genutzt werden. »Notwendig ist ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuung in Kitas und Grundschulen. Bundesweit fehlen viele Fachkräfte. Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen müssen deutlich verbessert werden«, sagt Stefanie Geyer vom Ressort Frauen und Gleichstellung der IG Metall. Hierfür macht sich die IG Metall stark.

Sie haben angegeben, dass die Einrichtung Ihrer Kinderbetreuung oder Schule zeitweise geschlossen war oder zumindest ihre Betreuungszeiten reduziert hatte. Mussten Sie folgende Möglichkeiten nutzen, damit Ihr Kind dennoch betreut werden konnte?



Quelle: Erwerbspersonenpanel der Hans-Böckler-Stiftung, Dezember 2024.
Gewichtete Werte (N = 479), nur Befragte in heterosexuellen Partnerschaften, Angaben in Prozent.



Foto: privat

»Immer wieder beim Arbeitgeber anzurufen und zu sagen, ›ich komme nicht‹. Das zerreißt mich. «

Müge Kilic, Vertrauenskörperleitung, VW, Salzgitter

Titel

JETZT kämpfen wir für Industrie und Arbeit

INDUSTRIESTANDORT

Jetzt gilt es: Die nächste Bundesregierung muss sehr schnell liefern. Damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Industrieland bleibt. Was dafür geschehen muss – und wie wir gemeinsam Druck für unsere Forderungen machen.

Von Simon Che Berberich und Christoph Böckmann

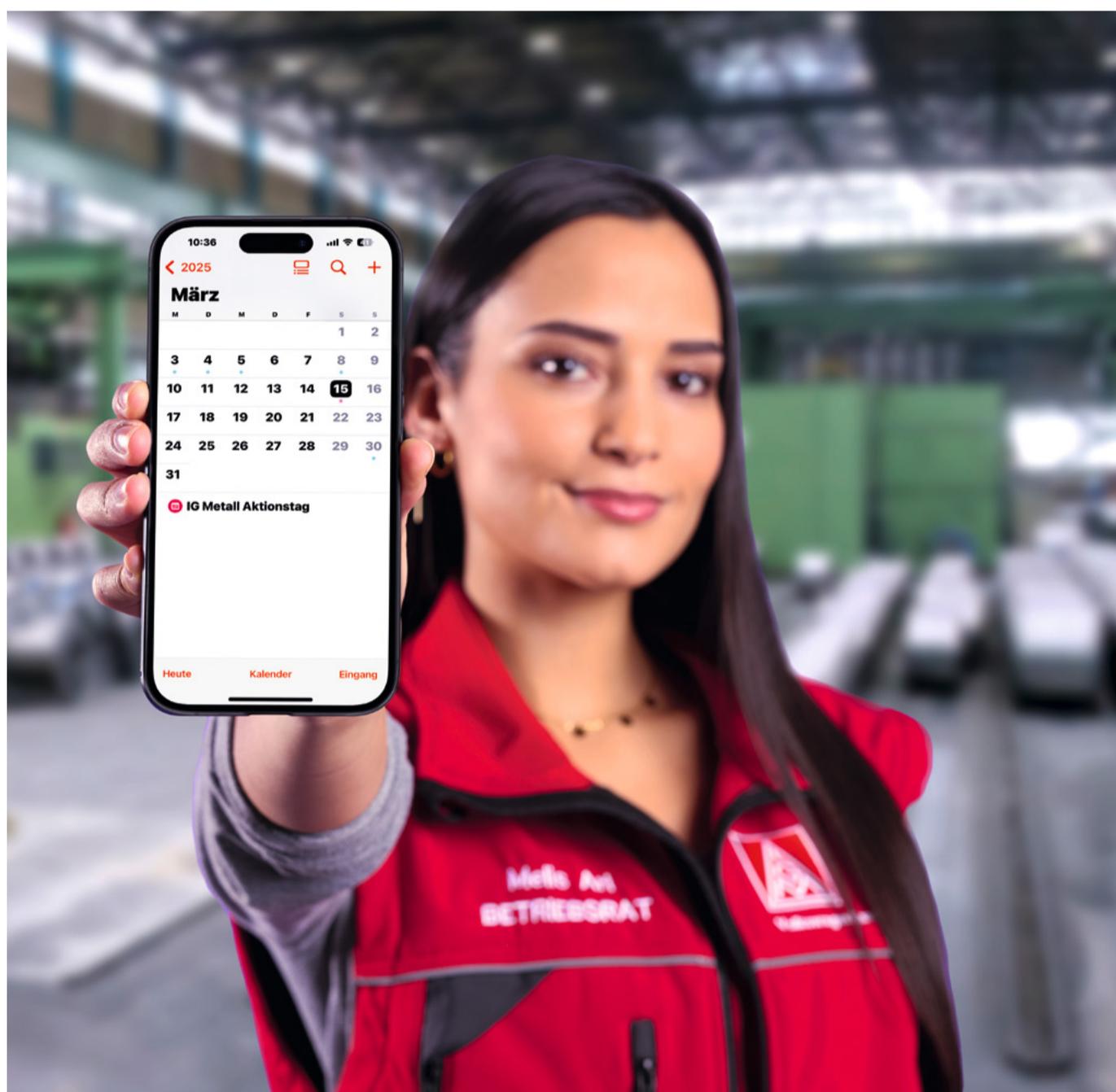


Foto: Darius Ramazani/Cordula Kropke (Montage)

Wer wissen will, wie es 2025 um die Industrie in Deutschland steht, der kann mit Siegfried Gervelmeyer sprechen. Der Metaller arbeitet schon sein ganzes Berufsleben lang bei der Georgsmarienhütte, dem Stahlwerk, das genauso heißt wie die Stadt, in der es seit fast 170 Jahren steht. Gervelmeyer – gelernter Mess- und Regelmechaniker, später Elektromeister und Betriebsrat – hat gute und schlechte Zeiten auf der Hütte erlebt. Aber was sich in den vergangenen Monaten in seinem Betrieb abspielte, macht ihn immer noch wütend.

Georgsmarienhütte produziert hochwertigen Stahl für die Autoindustrie und den Maschinenbau. Der Stahl kommt aus einem Elektroofen, in dem dafür Schrott eingeschmolzen wird. Das verbraucht enorm viel Energie. Das Stahlwerk zieht nach eigenen Angaben etwa so viel Strom aus dem Netz wie die gesamte Nachbarstadt Osnabrück mit ihren rund 170 000 Einwohnern. Und genau da beginnt das Problem.

Der Strom ist viel zu teuer. Besonders tagsüber, wenn die Nachfrage hoch ist. Im Vergleich zu anderen Industrieländern zahlen deutsche Betriebe teils ein Vielfaches für jede Kilowattstunde. Wozu führte das bei der Georgsmarienhütte?

»Spätestens um 9:15 Uhr schalten wir den Ofen ab, weil der Strom dann zu viel kostet und die Produktion sich nicht mehr rentiert«, sagt Metaller Gervelmeyer. »Um 20 Uhr wird wieder gezündet. Dann produzieren wir die Nacht durch.« Auch an Wochenenden kann der Elektroofen durchgehend laufen. Da ist der Strom ebenfalls billiger. Genau wie an Brücken- und Feiertagen.

Für die Belegschaft bedeutet das: verkehrte Welt. Am helllichten Tag, wenn in Deutschland am meisten gearbeitet wird, fahren sie die Hütte runter. Nur nachgelagerte Prozesse laufen weiter, zum Beispiel das Walzen. »Uns fehlen pro Tag rund 50 Prozent der Produktion«, sagt Gervelmeyer. »Das geht nur, weil die Nachfrage derzeit schwach ist – die Autoindustrie steckt ja auch in der Krise.« Zöge die Konjunktur kräftig an, würde die Georgsmarienhütte womöglich Kunden verlieren. Weil sie nicht liefern könnte. »Wirtschaftlich gesehen eine regelrechte Katastrophe«, sagt der Metaller.

Hinzu kommt: Das ständige An- und Abschalten des Elektroofens ist ineffizient und damit unökologisch. Um den Stahl zu verarbeiten, müssen Behälter und andere Teile durchgehend warmgehalten werden. Die nötige Hitze muss in den Produktionspausen mit Erdgas erzeugt werden, was zusätzliche Kosten verursacht.

Wie soll man ein Industrieland unter solchen Bedingungen am Laufen halten?

Energie muss bezahlbar sein

Wettbewerbsfähige Energiepreise: Das ist eine der wichtigsten Forderungen der IG Metall an die nächste Bundesregierung. Der Auftrag lautet: schnelle Entlastung für energieintensive Betriebe. Damit sie dauerhaft bestehen können gegenüber Standorten, an denen Strom und andere Energieträger deutlich günstiger sind.

Ein zentraler Hebel sind die sogenannten Netzentgelte. Sie sind ein Bestandteil des Strompreises und finanzieren Betrieb, Wartung und Ausbau der Stromnetze.

Problem: Die Kosten dafür steigen und steigen. »All unsere Branchen melden uns: Die Netzentgelte entwickeln sich immer stärker zum zentralen Preistreiber bei der Stromversorgung. Das gilt für die Industrie, aber natürlich auch für Privathaushalte«, sagt Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. »Diese Zusatzbelastung können wir uns nicht leisten. Sonst sind Industrietransformation und Energiewende gleichermaßen abgesagt.«

Der Vorschlag der IG Metall: Der Staat übernimmt die überregionalen Stromnetze und treibt den dringend nötigen Ausbau der Netze in Eigenregie voran.

Eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass das die günstigste Möglichkeit für den Netzausbau wäre. Grund: Beim Staat entfallen Risikoaufschläge bei der Finanzierung und hohe Gewinnerwartungen, die bei privaten Investoren üblich sind.

»Man sollte den Markt dort wirken lassen, wo er sich entfalten kann«, sagt Jürgen Kerner. »Bei den Stromnetzen funktioniert er nicht, hier muss der Staat Eigentümer werden und beherzt investieren. Sonst wird die Energiewende scheitern.«

Schluss mit bröckelnden Brücken

Investieren – massiv, schnell, langfristig. Das ist eine weitere Kernforderung an die nächste Bundesregierung. Straßen und Brücken müssen erneuert werden. Das Schienennetz muss grundlegend saniert und ausgebaut, Schulen renoviert und Wohnungen neu errichtet werden. Auf einer bröckelnden Infrastruktur kann keine moderne Wirtschaft gedeihen. Zu viele Jahre ist Deutschland auf Verschleiß gefahren, hat von der Substanz gelebt.

Was abstrakt klingt, stellt viele Betriebe vor konkrete Probleme. Beispiel Liebherr: Das Unternehmen produziert seine Kräne und Baumaschinen überwiegend in Süddeutschland und exportiert sie in die ganze Welt. Doch der Transport an die Nordseehäfen wird immer schwieriger – wegen maroder Brücken. Zeit und Geld gehen verloren. Genauso geht es pendelnden Beschäftigten, die im Stau stehen, handwerklichen Fachkräften, die nicht rechtzeitig zur Baustelle kommen, dem Personal von Logistikunternehmen, das lange Umwege fahren muss. Der Verfall von Schulen, Straßen und Schienen trägt ganz wesentlich zur Krisenstimmung im Land bei. Das belegen aktuelle Umfragen. Die neue Bundesregierung muss das Ruder jetzt beherzt herumreißen und die Infrastruktur sanieren.

Dafür braucht es mindestens 600 Milliarden Euro zusätzlich über die nächsten zehn Jahre. Dass sich diese Ausgaben langfristig lohnen und dass dafür auch die Schuldenbremse reformiert werden sollte, darüber sind sich die Ökonomen längst einig. Zusätzlich braucht es Anreize für private Investitionen. Und: gezielte Maßnahmen für die Schlüsselbranche Automobil, zum Beispiel verlässliche Kaufanreize für E-Autos.

100 entscheidende Tage

Wie dringlich das alles ist, beschreibt Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, so: »Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich glaube sogar:

Wir haben nur noch einen Schuss frei.« Die Politik müsse endlich handeln. »Selten werden die ersten 100 Tage nach einer Wahl so wichtig sein wie in diesem Jahr.« Benners Erwartung an die künftige Bundesregierung: sofortige Maßnahmen, um einen modernen, innovativen Standort zu erhalten, zu stärken, zu schaffen.

»Von Unternehmen und Politik erwartet die IG Metall jetzt eine Job-Offensive«, sagt Benner.

»Für jeden wegfallenden Arbeitsplatz muss ein neuer entstehen. Alle müssen jetzt ihren Beitrag leisten, um Wertschöpfung im Land zu halten und gleichzeitig neue Arbeitsplätze und Industrien anzusiedeln.«



Stahl braucht Zukunft: Die Georgsmarienhütte macht aus Schrott hochwertige Stähle: mittels Elektrolichtbogenofen. Das spart viel CO₂. Doch die extrem hohen Stromkosten beeinträchtigen die Produktion.

Foto: Michael Wallmüller

Arbeitgeber in der Pflicht

So wichtig staatliches Handeln also ist: Die Arbeitgeber dürfen sich dabei nicht aus der Verantwortung stehlen. Staatliche Unterstützung darf es nicht ohne Bedingungen geben. Die Unternehmen müssen sich zu Standorten und Arbeitsplätzen bekennen und in neue Produkte investieren.

Viele versuchen gerade das Gegenteil: Sie optimieren rücksichtslos ihre Gewinnmargen – oft kurzfristig, renditegetrieben, ohne Plan. Dazu greifen sie in die Mottenkiste des Managements:

Sie verlagern Produktion, kürzen Investitionen, streichen Stellen. Ein Plan für die Zukunft sieht anders aus. Um neue Wertschöpfung nach Deutschland und Europa zu holen, fordert die IG Metall eine Local-Content-Strategie. Heißt: Für alle industriellen Produkte, die in Europa vermarktet werden, muss es einen verpflichtenden Anteil europäischer Komponenten geben. Wer Europa als Markt sieht, der soll auch für Beschäftigung in Europa verantwortlich sein. Beispiel: chinesische oder US-amerikanische Autohersteller, die in Europa ihre Fahrzeuge verkaufen wollen. Für sie sollte es eine Verpflichtung zu europäischer Fertigung geben, mit europäischen Komponenten.

Auch das ist ein Auftrag an die neue Bundesregierung: Sie muss in Brüssel für eine solche Local-Content-Strategie aktiv werden. Der Binnenmarkt der EU ist riesig. Diese Wirtschaftsmacht ließe sich stärker nutzen, gerade angesichts der geopolitischen Verschiebungen: der von langer Hand geplanten Konkurrenz aus China und dem aggressiven Auftreten der USA unter dem neuen Präsidenten Trump. Die Antwort darauf: strategische, europäisch abgestimmte Industriepolitik, die die Interessen und Werte Europas aktiv verteidigt.

Druck von der Straße

Es geht um viel in diesen Tagen. Die Betriebe stehen vor echten Herausforderungen. Eine neue Bundesregierung wird für die nächsten Jahre Weichen stellen. Dann entscheidet sich, ob Deutschland aus der Krise kommt. An Rezepten mangelt es nicht. Die Forderungen der IG Metall liegen auf dem Tisch.

Sie sind das Ergebnis zahlloser Gespräche und Befragungen in den Betrieben, von Diskussionen unter Kolleginnen und Kollegen, von ökonomischen Analysen und dem Wissen der Betriebsräte verschiedener Branchen. Das Elf-Punkte-Programm der IG Metall sollte als Leitfaden dienen: für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland. Doch werden die Forderungen auch umgesetzt? Dafür ist politischer Druck erforderlich. Metallerrinnen und Metaller gehen deshalb am 15. März auf die Straße. Quer durchs Land: in Leipzig, Hannover, Köln, Frankfurt am Main und Stuttgart. Der Aktionstag startet um fünf vor zwölf Uhr – symbolisch für die Dringlichkeit der Lage, in der sich viele Betriebe befinden. »Unser Widerstand gegen eine Deindustrialisierung wird laut sein. Unser Einsatz für neue und nachhaltige Arbeitsplätze wird entschlossen sein«, verspricht Christiane Benner. Das Motto des Aktionstags lautet: mein Arbeitsplatz, unser Industrieland, unsere Zukunft.



Protest lohnt sich: Mit 60 Millionen Euro will die bayerische Landesregierung Region und Betriebe unterstützen, nachdem 5000 Metallerrinnen und Metaller in Schweinfurt mit einem Aktionstag auf die wirtschaftlichen Probleme aufmerksam gemacht hatten.

Foto: Henry Fallis

60 Millionen Euro erkämpft

Wie wirksam Aktionen sein können, haben die Metallerrinnen und Metaller in Schweinfurt bewiesen: Im April vergangenen Jahres strömten 5000 ins Stadtzentrum auf den Marktplatz und tauchten das historische Pflaster mit ihren IG Metall-Fahnen, -Schals, -Jacken und -Caps in ein sattes Rot. »Gemeinsam für unsere Zukunft«, »Letzte Chance« und »SOS Kugellagerstadt – Zukunft für Industriearbeit« hatten sie auf ihre Transparente geschrieben. Gekommen waren sie, um für ihre Arbeitsplätze und Investitionen in die Region zu kämpfen. Mit Erfolg.

Acht Monate und einige Aktionen später erklärte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), die Landesregierung werde die Region mit 60 Millionen Euro unterstützen. Mit dem Geld sollen kleine und mittlere Unternehmen von Regionalfördermitteln und die Schweinfurter Großbetriebe von Technologie- und Transformationsförderung profitieren. Auch in die Infrastruktur will die bayerische Landesregierung das Geld investieren. »Als IG Metall Schweinfurt haben wir lange dafür gekämpft – und dementsprechend freuen wir uns auch. Unsere Region ist klasse, braucht aber einen Push«, erklärt Thomas Höhn, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt. Den Push, den Schweinfurt braucht, braucht das gesamte Land. Denn Schweinfurt leidet an den gleichen Symptomen wie das Land: Arbeitgeber wollen Arbeitsplätze verlagern und abbauen. So droht die Grundlage des Wohlstands wegzubrechen. Das ist momentan in ganz Deutschland die Gefahr, in Schweinfurt ist sie nur besonders konzentriert: Rund die Hälfte der sozialversicherten Jobs liegen hier in der Industrie.

ZF, Schaeffler, SKF, Bosch Rexroth, Preh, Valeo: Einst waren sie Garanten für sichere Arbeitsplätze und den Wohlstand in der Region, doch zuletzt standen sie vor allem mit Stellenabbau und Verlagerungsplänen in den Schlagzeilen. Deshalb kämpfen die Metallerinnen und Metaller dafür, dass die Region Schweinfurt eine starke Industrieregion bleibt, und bewegen mit ihrem Einsatz einiges.

Verlagerung abgewendet

Durch Aktionen, wie zum Beispiel die Demonstration der Beschäftigten auf dem Schweinfurter Marktplatz, und harte Verhandlungen hat die IG Metall in Schweinfurt bereits bei dem ein oder anderen Unternehmen ein Umdenken bewirkt. Beispiel Schaeffler: Der Konzern hatte im November vergangenen Jahres angekündigt, weltweit 4700 Arbeitsplätze abbauen zu wollen, rund 700 davon in Schweinfurt. Jetzt konnten Betriebsrat und IG Metall erreichen, dass es dazu vorerst nicht kommen wird, Schaeffler sicherte zu, dass sie in Schweinfurt 2025 auf Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland verzichten werden. Außerdem sollen auch befristete Arbeitsverträge, die aktuell im Werk bestehen, weitgehend aufrechterhalten werden. Dafür wird es in einigen Bereichen eine Arbeitszeitverkürzung geben.

»Es war unser Ziel, bei den Verhandlungen das voraussichtlich schwierige Jahr 2025 so zu überbrücken. Der Geist dieses Kompromisses liegt in der Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze«, betont Jürgen Schenk, Betriebsratsvorsitzender bei Schaeffler in Schweinfurt.

Auch bei Bosch Rexroth gibt es nach intensiven Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und den Arbeitnehmervertretern einen Erfolg für die Belegschaft im Betrieb Schweinfurt/Volkach: Es gibt massive Investitionen. Konkret heißt das: Das Unternehmen verdreifacht seine Investitionen. Zudem wird Bosch Rexroth Anlagen und Maschinen aus Niedriglohnkostenstandorten wieder nach Schweinfurt zurückführen. Unterm Strich bedeutet das für die Beschäftigten: Deutlich weniger Jobs werden wegfallen. »Das Beispiel Bosch Rexroth in Schweinfurt zeigt doch, dass der Standort Deutschland sehr wohl wettbewerbsfähig ist, wenn Anlagen und Maschinen aus sogenannten Niedriglohnkostenstandorten nach Schweinfurt zurückverlagert werden«, sagt Reiner Gehring, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt. Und der Metaller macht deutlich: »Wir werden den Druck weiter hochhalten, um auch in anderen Betrieben zu Lösungen zu kommen.«

Damit der Ofen nicht ausgeht

Eine Lösung wünscht sich auch Siegfried Gervelmeyer von der Georgsmarienhütte. Sein Stahlwerk soll vernünftig betrieben werden, also durchgehend produzieren können. Doch dafür muss die Politik aktiv werden und die Strompreise begrenzen. Der Metaller weiß genau, warum er beim Aktionstag am 15. März mitmacht. »Wir müssen ein deutliches Zeichen setzen«, sagt er. »Es muss sehr kurzfristig etwas passieren, damit nicht noch mehr verlagert wird oder Betriebe insolvent werden.« Der Ofen in seiner Stahlhütte, er soll nicht ausgehen.

metall fragt, Olaf Scholz antwortet



Foto: Bundesregierung/photothek.de/T. Koehler

Was wollen Sie tun, um den Industriestandort Deutschland zu sichern, Herr Scholz?

»Deutschland muss mehr investieren! Für mehr private Investitionen schaffen wir den ›Made in Germany«-Bonus – eine Steuerprämie für Unternehmen, die in Deutschland investieren. Zugleich bauen wir Bürokratie ab, damit Dinge schneller gehen – denn auch das hemmt unser Wachstum. Außerdem werden wir einen ›Deutschlandfonds« auflegen. Der wird öffentliches und privates Kapital bündeln. Damit unsere Energie bezahlbar bleibt, ist mein Vorschlag, die Preise für die Stromautobahnen zu deckeln. Was wir nicht vorschlagen, ist, mit dem Gießkannenprinzip pauschal Steuern zu senken, wie es die CDU vorhat. Das ist teuer und es profitieren auch Unternehmen davon, die gar nicht in Deutschland investieren.«

metall fragt, Friedrich Merz antwortet



Foto: CDU/Tobias Koch

Was wollen Sie tun, um den Industriestandort Deutschland zu sichern, Herr Merz?

»Die wirtschaftliche Lage ist bedrohlich. Als Arbeitnehmerpartei nimmt die CDU die damit verbundenen Sorgen in der Auto-, Stahl- und Maschinenbauindustrie ernst. Wir werden die Situation am Standort Deutschland für Unternehmen und Erwerbstätige verbessern. Dafür senken wir die Stromkosten für alle um mindestens 5 Cent pro Kilowattstunde. Dafür befreien wir Unternehmen und Bürger von Bürokratielasten. Dafür schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für eine CO₂-Kreislaufwirtschaft.«

metall fragt, Robert Habeck antwortet



Foto: Bündnis 90 Die Grünen/Kaminski

Was wollen Sie tun, um den Industriestandort Deutschland zu sichern, Herr Merz?

»Die wirtschaftliche Lage ist bedrohlich. Als Arbeitnehmerpartei nimmt die CDU die damit verbundenen Sorgen in der Auto-, Stahl- und Maschinenbauindustrie ernst. Wir werden die Situation am Standort Deutschland für Unternehmen und Erwerbstätige verbessern. Dafür senken wir die Stromkosten für alle um mindestens 5 Cent pro Kilowattstunde. Dafür befreien wir Unternehmen und Bürger von Bürokratielasten. Dafür schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für eine CO₂-Kreislaufwirtschaft.«

15. März 2025: Aktionstag der IG Metall

Am 15. März machen wir gemeinsam Druck für die Arbeitsplätze in der Industrie in Hannover, Leipzig, Köln, Frankfurt am Main und Stuttgart.

Unsere Petition »Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!« ist gestartet: Unter diesem Motto schlagen wir Alarm für Investitionen, eine bessere Infrastruktur und gegen Arbeitsplatzvernichtung, Standortschließungen und Verlagerungen. Adressat ist die Politik und die Arbeitgeber.

Unsere Petition mit allen Forderungen findet Ihr hier in voller Länge: Folgt dem QR-Code, unterzeichnet bitte die Petition und schickt sie ab. So machen wir Druck für unsere Zukunft!



igmetall.de/aktionstag

»Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich glaube sogar: Wir haben nur noch einen Schuss frei. Selten werden die ersten 100 Tage nach einer Wahl so wichtig sein wie in diesem Jahr.«

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

»Man sollte den Markt dort wirken lassen, wo er sich entfalten kann. Bei den Stromnetzen funktioniert er nicht, hier muss der Staat Eigentümer werden und beherzt investieren.«

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

»Wir müssen ein deutliches Zeichen setzen. Es muss sehr kurzfristig etwas passieren, damit nicht noch mehr verlagert wird.«

Siegfried Gervelmeyer, langjähriger Betriebsrat, Georgsmarienhütte

Rat für Tat

Krank und überwacht

RECHT SO

Eine unrechtmäßige Überwachung erkrankter Beschäftigter im häuslichen Umfeld kann für Arbeitgeber rechtliche Folgen haben, selbst – oder gerade – wenn hierfür eine Detektei beauftragt wird. Die juristischen Grenzen der Arbeitnehmerüberwachung erläutert Yuliya Zemlyankina.



Die Überwachung erkrankter Beschäftigter im häuslichen Umfeld ist nur in engen rechtlichen Grenzen erlaubt.

Foto: Orbon Alija/Getty Images

Wenn ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer wegen des Verdachts einer vorgetäuschten Arbeitsunfähigkeit durch eine Detektei überwachen lässt und diese dabei den sichtbaren Gesundheitszustand des Arbeitnehmers dokumentiert, handelt es sich um die Verarbeitung von Gesundheitsdaten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung. Dieser Verstoß kann einen Schadensersatzanspruch begründen, so das Bundesarbeitsgericht (BAG).

Der Fall

In dem Fall hatte ein Arbeitgeber einen unfallbedingt erkrankten Arbeitnehmer an mehreren Tagen im häuslichen Umfeld – unter anderem im Eingangsbereich seines Hauses, auf seiner Terrasse, beim Arztbesuch und beim Einkaufen – durch ein Detektivbüro überwachen lassen. Der Arbeitgeber begründete das damit, dass der objektive Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) erschüttert sei und er ein berechtigtes Interesse an der Überwachung des Klägers habe.

Im Rahmen der Observation wurde der Arbeitnehmer bei verschiedenen körperlichen Tätigkeiten beobachtet und fotografiert, was den Arbeitgeber zu der Annahme veranlasste, der Kläger könne auch die von ihm geschuldeten Bürotätigkeiten verrichten.

Die Entscheidung

Das BAG stellte klar, dass der Arbeitgeber unberechtigt Detektive eingesetzt hat und der betroffene Arbeitnehmer den Ersatz eines immateriellen Schadens verlangen kann. Voraussetzung ist, dass durch den Verstoß gegen den Datenschutz ein solcher Schaden entstanden ist. Über die Höhe des Schmerzensgelds entscheiden dann die Gerichte.

Medizinischer Dienst ist zuständig

Hat der Arbeitgeber Zweifel an der Richtigkeit einer ärztlich bescheinigten AU und zieht eine Observation in Erwägung, ist das nur zulässig, wenn der Beweiswert einer vorgelegten AU erschüttert und eine Untersuchung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkasse nicht möglich ist oder objektiv keine Klärung erwarten lässt – was hier nicht der Fall war. Es müssen begründete Zweifel an der Richtigkeit des ärztlichen Attests bestehen.

Anderenfalls besteht kein aufklärungsbedürftiger Verdacht, der eine Datenerhebung durch Observation rechtfertigen könnte. Selbst wenn erhebliche Zweifel bestehen, hat der Arbeitgeber zur Vermeidung eines schwerwiegenden Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers zuerst als milderer Mittel eine Untersuchung durch den Medizinischen Dienst der gesetzlichen Krankenkassen einzuleiten.

BAG vom 25. Juli 2024 – 8 AZR 225/23



Foto: Thomas Burckhardt

Yuliya Zemlyankina

ist Juristin bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

§ Alles Recht



Illustration: Henning Reith

EINKOMMENSTEUER

Bundesfinanzhof: Verdienstausfallschaden muss versteuert werden

Einkommensteuer, die für den Ersatz eines Verdienstausfallschadens zu zahlen und dann vom Schädiger zu ersetzen ist, muss vom Geschädigten versteuert werden. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden. Zum steuerpflichtigen Schadensersatz gehören nicht nur der zunächst gezahlte Nettoverdienstausfall, sondern auch die später vom Schädiger erstattete Steuerlast.

Der BFH knüpfte insoweit an die zivilrechtliche Wertung an, die den Schädiger beziehungsweise dessen Versicherung verpflichtet, auch die auf den Verdienstausfallschaden entfallende Steuer zu übernehmen.

Der Nettoverdienstausfall und die Steuerlast seien Bestandteile eines einheitlichen Schadensersatzanspruchs, die lediglich zu unterschiedlichen Zeitpunkten zur Auszahlung kämen. Beides diene dem Ersatz entgehender Einnahmen des Geschädigten.

Eine tarfermäßigte Besteuerung der Steuererstattungen schloss der BFH aus. Das lag insbesondere daran, dass die Klägerin ihren gesamten Verdienstausfallschaden (einschließlich der hierauf beruhenden Steuerlasten) nicht zusammengeballt in nur einem Jahr ersetzt erhielt.

BFH vom 15. Oktober 2024 – IX R 5/23

ARBEITSLOSENGELD

Provisionen werden bei der Berechnung berücksichtigt

Das Bundessozialgericht (BSG) hat entschieden, dass eine Provisionszahlung bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes berücksichtigt werden kann. Das ist möglich, wenn die Provision arbeitsvertraglich als Bestandteil des Arbeitsentgelts vereinbart und zudem im maßgeblichen Bemessungszeitraum erzielt wurde.

Im anschließenden Zeitraum, in dem der Antragsteller im arbeitsrechtlichen Sinne noch beschäftigt, aber gleichzeitig von der Arbeit freigestellt ist, zählen die Provisionen jedoch nicht zum Bemessungszeitraum. Das BSG urteilt so, weil der Kläger in dieser Zeit Krankengeld bezog und die währenddessen erhaltenen Provisionen im Wesentlichen als Nachzahlung aus der früheren Tätigkeit anzusehen sind.

BSG vom 24. September 2024 – B 11 AL 5/23 R

AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN

E-Rezept: Nachweis von Krankheitskosten für steuerliche Zwecke

Selbst getragene Krankheitskosten können nach Paragraf 33 Einkommensteuergesetz als außergewöhnliche Belastung allgemeiner Art abgesetzt werden. Allerdings rechnet der Fiskus eine zumutbare Eigenbelastung an. Damit die Kosten steuerlich anerkannt werden, müssen sie »zwangsläufig« entstanden sein. Bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln kann dieser Nachweis durch eine ärztliche oder heilpraktische Verordnung erbracht werden.

Mit der Einführung des sogenannten E-Rezepts zum 1. Januar 2024 hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) klargestellt, welche Belege Finanzämter für den Nachweis der Zwangsläufigkeit akzeptieren.

Der Kassenbeleg, alternativ die Rechnung der Onlineapotheke, muss folgende Pflichtangaben enthalten:

- Name der steuerpflichtigen Person
- Art der Leistung, zum Beispiel der Name des Arzneimittels
- Betrag beziehungsweise Zuzahlungsbetrag
- Art des Rezepts (E-Rezept oder anderes Rezept)

Für das Steuerjahr 2024 hat das BMF eine Nichtbeanstandungsregelung getroffen. Danach beanstandet das Finanzamt Belege nicht, wenn der Name des Steuerpflichtigen fehlt.

BMF-Schreiben vom 26. November 2024 – IV C 3 – S 2284/20/10002 :005

Politik & Gesellschaft

Tabuthema Wechseljahre

GLEICHSTELLUNG

Hitzewallungen, Konzentrationsprobleme, Stimmungsschwankungen:

Wechseljahresbeschwerden können die Arbeit von Frauen beeinflussen. Dr. Jennifer Chan de Avila weiß genau, welchen Einfluss Wechseljahresbeschwerden auf die berufliche Laufbahn von Frauen haben können. Sie und ihre Kollegin Professorin Sabine Nitsche haben gemeinsam zum Thema »Wechseljahre am Arbeitsplatz« geforscht.

Die Fragen stellte Leonie Scholz.



Dr. Jennifer Chan de Avila (rechts) und ihre Kollegin Prof. Dr. Sabine Nitsche haben nicht nur zum Thema »Wechseljahre am Arbeitsplatz« geforscht. Im Frühjahr veröffentlichten sie ein Buch, in dem sie Tipps zur Gestaltung eines unterstützenden Arbeitsumfelds geben.

Foto: Edgard Berendsen

Frau Dr. Chan de Avila, Sie haben an einer Studie zum Thema Wechseljahre am Arbeitsplatz gearbeitet, veröffentlichen im Frühjahr ein Buch dazu. Warum gelten Wechseljahre in Deutschland immer noch als Tabuthema?

Wechseljahre sind in Deutschland sogar ein doppeltes Tabu. Das liegt zum einen daran, dass Frauengesundheitsthemen im Allgemeinen in unserer Gesellschaft häufig nicht gesehen werden. Zum anderen sprechen die Frauen selbst nicht über die Wechseljahre. Nicht nur in der Arbeitswelt spielt daher das Thema kaum eine Rolle, auch im Privatleben ist es selten präsent. Frauen haben gelernt, dass es etwas Privates ist, ein Tabuthema, über das man mit anderen nicht spricht.

Wie viele Frauen in Deutschland sind von den Wechseljahren betroffen und wie unterschiedlich sind ihre Erfahrungen damit?

Tatsächlich gibt es in Deutschland geschätzt etwa neun Millionen Frauen, die in den Wechseljahren sind. Es ist die am schnellsten wachsende Gruppe in der Arbeitswelt. Aber auch wenn es viele Frauen betrifft und ein wichtiges Gesundheitsthema ist: Nicht alle Frauen erleben die Wechseljahre im gleichen Alter oder auf die gleiche Art und Weise. Es wird geschätzt, dass ungefähr ein Drittel keine bis wenige Symptome bekommt, ein weiteres Drittel mittelmäßige und das restliche Drittel heftige bis sehr heftige Wechseljahresbeschwerden hat.

Wie wirken sich denn die Wechseljahre auf das Arbeitsleben von Frauen aus?

Bei dem Thema ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Wechseljahre einen Einfluss auf alle Lebensbereiche einer Frau haben. Und da die Arbeit einen großen Teil des Lebens vieler Frauen ausmacht, beeinflussen die Wechseljahre auch ihr Berufsleben. Wie die Forschung zeigt, gibt es hier eine interessante wechselseitige Beziehung. Die Wechseljahre beeinflussen nicht nur die Arbeit. Auch die Arbeit selbst hat Auswirkungen auf die Wechseljahre einer Frau.

Wie kann man sich das vorstellen?

Ganz einfach: Fühle ich mich nicht gut, wirkt sich das auf meine Arbeit aus. Wenn man starke Symptome hat, wie zum Beispiel Schlafstörungen, kann man vielleicht nicht mehr so gut mit stressigen Situationen umgehen, wie es vielleicht vor den Wechseljahren der Fall war. Aber wichtig ist auch zu wissen: Wenn meine Arbeitsumgebung nicht gut ist, dann kann das auch einen direkten Einfluss darauf haben, wie ich meine Symptome erlebe. Ob private Beziehungsprobleme, meine Ernährung oder eben Stress bei der Arbeit: All diese Faktoren haben Einfluss darauf, wie ich meine Wechseljahre erlebe. Wechseljahresbeschwerden sind nichts Isoliertes. Sie können auch von außen beeinflusst werden. Und da spielt das Berufsleben genauso eine Rolle wie das Privatleben einer Frau.

In der MenoSupport-Umfrage wurden Frauen befragt, ob ihre Wechseljahressymptome schon einmal Einfluss auf ihren beruflichen Werdegang gehabt haben. Welches Ergebnis lieferte die Umfrage?

In der MenoSupport-Umfrage berichten die Frauen davon, dass sie aufgrund der Wechseljahre Auszeiten von der Arbeit nehmen müssen, lange krankgeschrieben sind, ihre Stunden reduzieren oder Beförderungen ausschlagen. Fast 20 Prozent der Frauen über 55 Jahre überlegen sogar, früher in Rente zu gehen. Das bestätigt einen Trend, den wir auch in den Ergebnissen anderer Umfragen in anderen Ländern, zum Beispiel im Vereinigten Königreich, beobachtet haben. Diese Zahlen sind ernüchternd. Viel beunruhigender finde ich jedoch andere Zahlen: Laut mehreren Studien aus dem Vereinigten Königreich berichten viele Frauen, dass ihr Berufsleben überhaupt nicht beeinträchtigt wurde – aber nur, weil sie außergewöhnlich hart gearbeitet haben.

Was schlussfolgern Sie aus diesen Ergebnissen?

Obwohl Frauen mittlerweile die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen, machen die Ergebnisse deutlich, dass die Arbeitswelt die Biologie von Frauen nicht berücksichtigt. Das ist nicht mehr zeitgemäß: Die Arbeitswelt muss sich an die Bedürfnisse aller Menschen, die arbeiten, anpassen.

Das klingt nach viel Arbeit.

Natürlich ist es nicht damit getan, einfach nur Ventilatoren aufzustellen. Die ganze Arbeitswelt, so wie sie ist, abzuschaffen und neu zu gestalten, muss aber auch nicht sein. Wenn wir anfangen, über das Thema Wechseljahre zu sprechen und ein Bewusstsein für die Situation der Frauen zu schaffen, ist schon viel getan. Dafür bieten sich zum Beispiel Bildungsangebote an. Die müssen sich nicht ausschließlich mit Wechseljahren beschäftigen. Wenn es zum Beispiel bereits Angebote zur Stressbewältigung oder zur Gesundheit im mittleren Alter gibt, ist es wichtig, das Thema Wechseljahre auch darin zu verankern.

Diese Angebote richten sich nicht ausschließlich an Frauen in den Wechseljahren. Warum ist es wichtig, dass sich auch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber informieren?

Zunächst einmal sind die Wechseljahre nicht nur ein Thema für Frauen in ihren Fünfzigern. Auch für Mitarbeiterinnen Mitte 30 ist es wichtig, darüber zu sprechen und sich darüber zu informieren. Schließlich werden auch sie früher oder später die Erfahrung machen. Entwickelt sich frühzeitig ein Bewusstsein über diese Lebensphase, kann in einigen Fällen verhindert werden, dass die Frauen zum Beispiel früher in den Ruhestand gehen. Genauso ist es auch für die männlichen Kollegen wichtig, über das Thema Bescheid zu wissen. Ihr Arbeitsumfeld ist ja schließlich ebenfalls betroffen, wenn sie mit Frauen zusammenarbeiten, die gerade in den Wechseljahren sind. Klar sollte sein: Es ist zwar ein Thema der Frauengesundheit, aber nicht nur ein Frauenthema.

Gibt es Maßnahmen, die man einführen könnte?

Einen allgemein gültigen Maßnahmenkatalog gibt es nicht. Im Internet findet man zwar eine Reihe von Werkzeugkoffern, die aber häufig nur sehr oberflächliche Instrumente enthalten. Dazu gehören das Aufstellen von Ventilatoren, der Zugang zu Toiletten und kaltem Wasser oder die Bereitstellung geeigneter Arbeitskleidung aus atmungsaktivem Material. Diese Maßnahmen sind wichtig. Zusätzlich kann es helfen, zum Beispiel Wechseljahressprechstunden bei der Betriebsärztin oder flexible Arbeitszeiten anzubieten. Tandemmodelle bieten auch eine Möglichkeit. Hier können sich jüngere und ältere Mitarbeiterinnen zusammenschließen und sich entsprechend ihrer Lebensphase unterstützen.

Wie kann sichergestellt werden, dass die Maßnahmen effektiv sind?

Unsere Forschung und die Ergebnisse unserer Studie zeigen ganz klar: Nicht nur die Frauen und ihre Wechseljahresbeschwerden sind sehr unterschiedlich, sondern auch die Arbeitgeber und das jeweilige Arbeitsumfeld. In unserem Buch bieten wir praxisnahe Tools, mit denen Organisationen gezielt Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in den Wechseljahren entwickeln und implementieren. Diese Maßnahmen lassen sich zudem leicht in bestehende Strategien des betrieblichen Gesundheitsmanagements integrieren. Egal für welche Maßnahmen man sich entscheidet, ist es besonders wichtig, die betroffenen Kolleginnen aktiv in den Prozess einzubinden, um gemeinsam passgenaue Angebote und Lösungen für das jeweilige Arbeitsumfeld zu gestalten.

»Es ist zwar ein Thema der Frauengesundheit, aber nicht nur ein Frauenthema.«

Dr. Jennifer Chan de Avila

»Die Arbeitswelt muss sich an die Bedürfnisse all der Menschen anpassen, die in ihr arbeiten.«

Dr. Jennifer Chan de Avila

Kurz und bündig

REICHE ERBEN

Drei Fragen an Marco Höne, Betriebserschließer der IG Metall und Autor, zu Reichtum und Erben



Foto: privat

Was hältst Du von Erbschafts- und Vermögenssteuern? Sollte man Leistungsträger nicht entlasten?

75 Prozent der Superreichen haben ihren Wohlstand geerbt, ohne etwas dafür geleistet zu haben. Trotzdem glauben viele, dass sie ihr Luxusleben verdient hätten, weil sie intelligenter und besser als die anderen wären. Nein: Auch Superreiche müssen ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Aber ist es nicht falsch, Firmenerben mit Steuern zu belasten? Das Einkommen wurde ja schon versteuert.

Und? Mein Einkommen auch. Trotzdem muss ich noch mal Mehrwertsteuer im Geschäft zahlen. Und Betriebsvermögen ist ja schon fast komplett von der Erbschaftssteuer befreit, wenn der Erbe den Betrieb weiterführt. Daher verstehe ich nicht, warum rechte Parteien die Erbschaftssteuer ganz abschaffen wollen. Damit Firmenerben unbehelligt verlagern, verkaufen und dichtmachen können, um sich eine ebenso große Yacht zu kaufen wie ihr Nachbar auf Sylt? Eine Qualifikation zur Leitung des Betriebs müssen Firmenerben nicht nachweisen. Es reicht die hohe Geburt.

Firmenerben, die abbauen, verlagern und dichtmachen – sind Familienbetriebe nicht eher sozialer?

Klar gibt es auch gute Familienunternehmen. Aber die negativen Fälle nehmen zu: Der »Alte«, der die Firma aufgebaut hat, begrüßte alle noch per Handschlag. Doch mit dem »Junior« wird der Wind eisig. Es kommen Berater und Sparprogramme. Und plötzlich wird die IG Metall doch dringend gebraucht.

Marco Höne koordiniert die tarifpolitische Bildungsoffensive der IG Metall und schreibt Bücher wie »Die Reichen und die Hässlichen«.

AUSBILDUNG

Bremer Ausbildungsfonds kann starten

Gesetz soll für mehr Auszubildende sorgen

Die IG Metall begrüßt das Urteil des Staatsgerichtshof in Bremen: Der hat das Gesetz zum Ausbildungsunterstützungsfonds als mit der Landesverfassung vereinbar erklärt. Dagegen geklagt hatten überwiegend Arbeitgeberverbände.

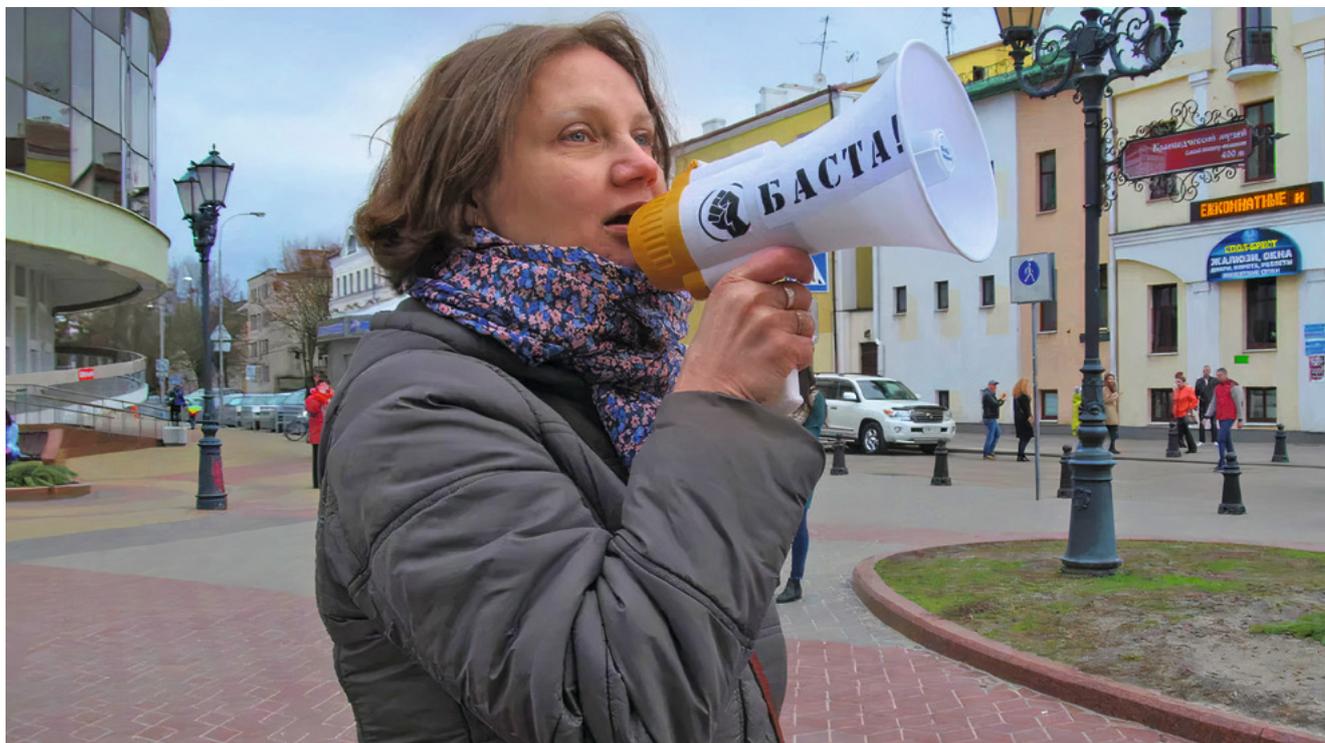
Der Fonds funktioniert nach einem Umlageprinzip. Mit gewissen Ausnahmen zahlen alle Betriebe in Bremen in den Fonds ein. Ausbildungsbetriebe bekommen Geld zurück. Die Summe ergibt sich aus der Bruttolohnsumme der Arbeitnehmer im Verhältnis zur Anzahl der Auszubildenden. Außerdem werden Qualifizierungsmaßnahmen gefördert.

ausbildungsfonds-bremen.de

ERFOLGREICHE SOLIDARITÄTSAKTION DER IG METALL

Belarussische Gewerkschafterin endlich frei

49-Jährige saß seit 2021 im Gefängnis



Die Gewerkschafterin Palina Sharenda-Panasjuk war wegen ihrer Beteiligung an Protesten gegen Präsident Lukaschenko vier Jahre in Haft.

Foto: viasna

Die IG Metall hatte mit Tausenden Unterschriften wiederholt die Freilassung der belarussischen Gewerkschafterin Palina Sharenda-Panasjuk gefordert. Im Februar ist die Mutter von zwei Kindern und Aktivistin der unabhängigen Gewerkschaft der Radioelektroniker (REP) endlich freigekommen. Die 49-Jährige war seit 2021 Gewalt und schweren Repressalien im Gefängnis ausgesetzt. Palina musste zeitweise auf dem blanken Zellenboden schlafen. Die Behandlung ihrer lebensbedrohlichen Bauchspeicheldrüsenerkrankung wurde ihr verweigert. »Das Schicksal von Palina zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns für verfolgte Gewerkschafter weltweit einsetzen«, sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Kerner.

igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/

EUROPÄISCHE INDUSTRIEPOLITIK

Für einen echten »Clean Industrial Deal«

Industriegewerkschaften Europas machen Druck

Am 5. Februar 2025 versammelten sich über 6000 Kolleginnen und Kollegen zahlreicher europäischer Industriegewerkschaften zum Aktionstag für gute und sichere Industriearbeitsplätze in Brüssel. Mit dabei: viele Metallerrinnen und Metalller. Aufgerufen hatte industriALL Europe, der Verband der Industriegewerkschaften Europas. Anlass sind die Pläne der EU-Kommission für die europäische Industriepolitik der nächsten Jahre, der »Clean Industrial Deal«. Der ist geprägt von unzureichenden Investitionen.

Ändert sich an den Plänen nichts, kann die Deindustrialisierung Europas nicht mehr gestoppt werden. Das wollen die Beschäftigten nicht hinnehmen. Sie und ihre Gewerkschaften machten deutlich, dass eine konsequente europäische Industriestrategie erforderlich ist: mit Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in nachhaltige Produkte und in bezahlbare Energie. Denn der Verlust von guten Industriearbeitsplätzen ist kein nationales Problem, sondern geht alle europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an.

GESTAFFELTER MUTTERSCHUTZ

Mutterschutz ausgeweitet

Neue Regelung gilt ab 1. Juni

Ein Kind während der Schwangerschaft zu verlieren, ist für Betroffene eine große Belastung. Der Gesetzgeber hat deshalb den Mutterschutz ausgeweitet. Bei einer Fehlgeburt ab der 13. Schwangerschaftswoche können Frauen Mutterschutz bis zu zwei Wochen in Anspruch nehmen. Bei Verlust des Kindes ab der 17. Schwangerschaftswoche stehen den Betroffenen bis zu sechs Wochen zu und bei einer Fehlgeburt ab der 20. Schwangerschaftswoche bis zu acht Wochen. Bisher hatten Frauen bei Fehlgeburten keinen Anspruch auf Mutterschutz und waren darauf angewiesen, dass sie krankgeschrieben werden. Die neue Regelung gilt ab 1. Juni.

MITBESTIMMUNG

20 Jahre SE kein Grund zu feiern

Schädlich für Mitbestimmung

Vor 20 Jahren wurde die Rechtsform Europäische Aktiengesellschaft SE eingeführt. Immer mehr deutsche Unternehmen wandeln sich in eine SE um und unterlaufen so die Beteiligung der Beschäftigten. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung ist nur jede sechste SE mit über 2000 Beschäftigten paritätisch mitbestimmt. Damit wird über 480 000 Arbeitnehmenden das Recht auf Mitbestimmung im Aufsichtsrat vorenthalten.

USA UNTER TRUMP

Gefahr für Arbeitnehmerrechte

Abschieben prekär Beschäftigter

Seit dem Amtsantritt von Trump sind Arbeitnehmerrechte in Gefahr. Der US-Präsident will die Aufsichtsbehörde für Arbeitsbeziehungen unter seine Kontrolle bringen. Die Behörde ist für die Verfolgung unfairer Arbeitspraktiken und Abstimmungen über gewerkschaftliche Organisation zuständig. In den ersten Wochen hat Trump 5700 Migranten abschieben lassen, weitere Abschiebungen sind geplant. Migranten ohne Papiere arbeiten oft unter prekären Bedingungen am Bau oder in der Landwirtschaft.

SOLIDARITÄT

Machen, was nötig ist: Gleichstellung jetzt!

Internationaler Frauentag 2025

Am 8. März ist der internationale Frauentag. Aus diesem Anlass setzen sich Beschäftigte bei Demonstrationen und betrieblichen Aktionen für mehr Rechte und gegen Benachteiligungen von Frauen ein. Dabei geht es nicht nur darum, die Errungenschaften früherer Generationen zu würdigen. Auch auf aktuelle Probleme und Angriffe auf Frauenrechte machen Beschäftigte aufmerksam.

Zum Frauentag macht die IG Metall allen Frauen ein besonderes Geschenk: einen Gutschein für verschiedene Onlineseminare.

In Geschäftsstellen finden außerdem Filmvorführungen statt: »Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, Ihr Schönen!« beleuchtet das Leben ostdeutscher Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der DDR. Alternativ werden auch Gutscheine verteilt. Beschäftigte können sich damit anmelden und erhalten einen Zugangscode, mit dem sie den Film online schauen können.

Informationen zu den Aktionen erhaltet Ihr in Eurer Geschäftsstelle, bei Eurem Betriebsrat oder bei Euren Vertrauensleuten. [igmetall.de/frauentag](https://www.igmetall.de/frauentag)

HANNOVER MESSE

IG Metall lädt zum Messebesuch ein

Kostenlose Tickets für Metallerinnen und Metaller

HANNOVER MESSE 2025
**PERSÖNLICHE EINLADUNG
 FÜR ALLE MITGLIEDER
 DER IG METALL**

Zugangscodes (Dauerkarten-Voucher) über eine dieser Stellen beziehen:

- Bei IG Metall Betriebsrät*innen/Vertrauensleuten
- Bei deiner IG Metall Geschäftsstelle
- www.igmetall.de/hannovermesse
- Online mit Namen und Betrieb registrieren lassen

31. März – 4. April 2025 ■ Hannover, Germany
hannovermesse.de

IG Metall
 Bezirk Niedersachsen
 und Sachsen-Anhalt

WORLD. LEADING. INDUSTRYSHOW.

HANNOVER
 MESSE

4000 Aussteller vor Ort: Die Hannover Messe präsentiert Lösungen für eine starke und nachhaltige Industrie.

Foto: IG Metall

Mitglieder der IG Metall können die Hannover Messe kostenlos besuchen. Die weltgrößte Industriemesse findet vom **31. März bis 4. April 2025** in Hannover statt. Auch in diesem Jahr informiert die weltgrößte Industriemesse über aktuelle Trends. Im Fokus stehen zum Beispiel Themen wie Smart Manufacturing, Digital Ecosystems und Energy for Industry.

IG Metall mit eigenem Stand

Auch die IG Metall ist wieder vor Ort. Unseren Infostand findet Ihr in **Halle 17**. Zudem veranstaltet die IG Metall am **31. März 2025** von 10:30 bis 11:30 Uhr eine Podiumsdiskussion. Daran teilnehmen werden Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, sowie Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Veranstaltung findet auf der Transformation Stage in Halle 17 statt.

Wer an einem E-Ticket interessiert ist, braucht dazu den IG Metall-Registrierungslink. Diesen Link und Informationen zu den Tickets sowie zum Programm findet Ihr hier:

igmetall.de/hannovermesse

Rat für Tat

Häusliche Pflege: Tipps für den Alltag

RATGEBER

Wenn Angehörige Pflege benötigen, stehen Beschäftigte vor vielen Fragen. Wie komme ich mit der neuen Situation zurecht? Wo gibt es Hilfe? Bei einer Expertensprechstunde der IG Metall gab es dazu viele Tipps.

Von Simon Che Berberich | Illustration: Katja Weikenmeier



Pflege zu Hause: Millionen Menschen in Deutschland pflegen Angehörige. Ihre Zahl wird weiter steigen.

Ob Vater, Mutter, Schwiegereltern oder Kinder: Die Pflege von Angehörigen ist eine Herausforderung. Es geht um Zeit, Kosten und viele praktische Fragen. Antworten gab es bei einer Onlinesprechstunde der metall zum Thema häusliche Pflege. Dabei zeigte sich: Bei der Pflege liegt vieles im Argen. Die IG Metall will die Probleme an der Wurzel packen und kämpft für eine grundlegende Reform der Pflege.

»Die Belastungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sind enorm. Die Pflegeversicherung muss endlich eine Vollversicherung werden, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt«, fordert Hans-Jürgen Urban, im Vorstand der IG Metall zuständig für Soziales. »Für pflegende Angehörige muss es eine Lohnersatzleistung geben, analog zum Elterngeld. Finanzierbar ist das durch die Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.«

Ums Geld ging es dann auch bei der Pflegesprechstunde häufig. Was die Teilnehmenden wissen wollten:

Welche Unterstützung gibt es bei einer akuten Pflegesituation?

Für eine akute Pflegesituation von bis zu zehn Tagen gibt es das Pflegeunterstützungsgeld. Es beträgt etwa 90 Prozent des Gehalts. Die Pflegeversicherung zahlt dieses Geld für die Pflege naher Angehöriger.

Kann man das Pflegeunterstützungsgeld unter mehreren Personen aufteilen, etwa unter Geschwistern?

Ja, die Pflegezeiten können unter mehreren nahen Angehörigen aufgeteilt werden. Geschwister zählen dazu.

Ich muss ein Kind für vier Wochen in die Klinik begleiten. Kann ich dafür die Pflegezeit nutzen?

Ja, die gesetzliche Pflegezeit gilt für solche Fälle. Ob der Fall akut ist oder nicht, spielt keine Rolle. Die Pflegezeit muss einige Zeit vorab (zehn Arbeitstage) angekündigt werden. Generell gilt: Die Pflegezeit gilt für maximal sechs Monate und ermöglicht eine vollständige oder teilweise Freistellung von der Arbeit. In der Pflegezeit besteht Anspruch auf ein zinsloses Darlehen.

Kann ich als pflegende Person Unterstützung in Anspruch nehmen, wenn meine Eltern (keine Deutschen) im Ausland (Nicht-EU) leben?

Ja, die Regelungen zur Pflegezeit und zur Familienpflegezeit gelten auch dann. Wichtige Ausnahme: Sind die Eltern nicht in Deutschland pflegeversichert, gibt es keinen Anspruch auf das Pflegeunterstützungsgeld. Die Freistellung von der Arbeit gilt dennoch.

Die pflegebedürftige Mutter wohnt nicht in derselben Wohnung. Gilt das auch als häusliche Pflege?

Ja. Häusliche Pflege meint: ambulante Pflege. Das muss nicht in einer häuslichen Gemeinschaft sein. Ausgenommen ist die Pflege in einer Einrichtung.

Thema Wohnen: Wie oft kann man für Umbauten Unterstützung bei der Pflegekasse beantragen?

Diese Leistung gibt es nicht bei jeder Verschlechterung des Zustands, mitunter sogar nur einmalig. Man sollte bei Baumaßnahmen deshalb mit dem Dringendsten anfangen. Wichtig: Auf die Bewilligung warten, dann erst umbauen. Zum Antrag gehört die Vorlage eines oder auch zweier Kostenvoranschläge zu den baulichen Veränderungen, dem Einbau eines Treppenlifts oder Ähnlichem. Die Beantragung läuft über die jeweilige Pflegekasse.

Mein Vater pflegt meine Mutter, er ist aber selbst nicht mehr gesund. Kann ihm die Pflege entzogen werden, wenn er einen Pflegegrad bekommt?

Diese Angst ist eher unbegründet. Die Pflegesituation ist zwar irgendwann nicht mehr plausibel, zum Beispiel wenn beide Eltern Pflegegrad 4 haben. Aber es kommt öfter vor, dass jemand in Pflegegrad 2 einen Menschen in Pflegegrad 3 unterstützt. Weitere Möglichkeit: Jemand anderes wird als Pflegeperson eingetragen. Diese Person muss tatsächlich Unterstützung erbringen, aber nicht unbedingt mit vor Ort leben.

Wenn Pflegende Vermögen besitzen: Muss das zuerst aufgebraucht werden oder zahlt die Pflegekasse vermögensunabhängig?

Die Leistung der Pflegekasse ist vermögensunabhängig.

Ich pflege bereits meinen Vater. Darf ich zusätzlich auch die Pflege meiner Mutter übernehmen?

Selbstverständlich, das geht.

Was gilt für die Hilfe von Nachbarn oder Bekannten?

Für diese Hilfe kann der sogenannte Entlastungsbetrag verwendet werden. Für die Abrechnung müssen die Nachbarn allerdings eine Anerkennung bei der Stadt- oder Kreisverwaltung erwerben. Voraussetzungen dafür sind ein polizeiliches Führungszeugnis und ein bestandener Erste-Hilfe-Kurs in den letzten zwei Jahren. Weitere Infos erhalten Interessierte beim örtlichen Pflegestützpunkt oder bei den Sozialämtern der jeweiligen Kommune. Auch die Verhinderungspflege kann für Nachbarschaftshilfe genutzt werden.

Ist es möglich, dass eine demente Mutter ihre Vorsorgevollmacht nachträglich ändert?

Im Zustand der Demenz ist in der Regel keine Änderung mehr möglich. Gelegentlich besteht die Möglichkeit über einen Notar. Der muss zur Einschätzung kommen, dass die Mutter die Tragweite ihrer Entscheidung noch erfassen kann.

Was tun, wenn ich eine Pause von der Pflege brauche?

Wer für eine begrenzte Zeit an der häuslichen Pflege gehindert ist (etwa wegen Urlaub oder Krankheit), kann sich vertreten lassen und diese Ersatzpflege stundenweise mit der Pflegekasse abrechnen. Dazu benötigen die Hilfebringer keine Anerkennung. Die Verhinderungspflege kann geleistet werden von Privatpersonen, Pflegedienst oder Pflegeheim.

Können Banken Vollmachten ablehnen?

Ja. Es empfiehlt sich, die Bankangelegenheiten und Vollmachten frühzeitig direkt bei der jeweiligen Bank zu regeln.

Wo kann ich eine Vorsorgevollmacht beglaubigen lassen?

Bei der Betreuungsbehörde des Kreises oder der Stadtverwaltung. In vielen Bundesländern übernehmen das auch die Ortsgerichte.

Alle Infos zur Pflege

In der Broschüre »Wegbegleiter Pflege« beantwortet die IG Metall wichtige Fragen zu den Leistungen der Pflegeversicherung und zur Organisation der Pflege. Mitglieder können die Broschüre über ihre Geschäftsstelle erhalten: igmetall.de/vor-ort

Branchen & Betriebe

Saubere Weste gibts bei Manuel

WIR SIND DIE IG METALL

Manuel Fest sorgt dafür, dass Handwerkerinnen, Metzger, Industriemechanikerinnen und Supermarktkassierer frische Arbeitskleidung bekommen. Er ist Servicefahrer beim Miettextilienunternehmen DBL Böge. Metaller ist er geworden, weil er fair bezahlt werden will. In unserer Serie »1 von 2,1 Mio.« zeigen wir, wie vielfältig die Welt der IG Metall ist – und was es heißt, Metaller zu sein.

Von Christoph Böckmann

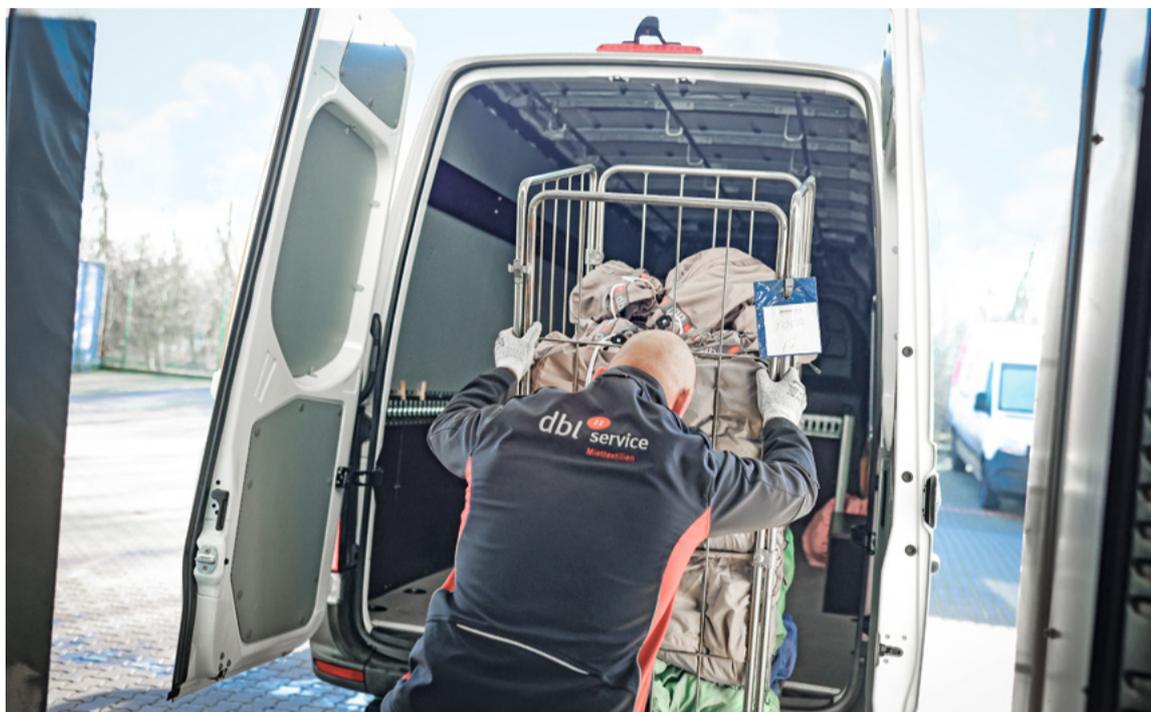


Foto: Thomas Range

Manuel schiebt vier Container in den Sprinter. In den Containern türmen sich Wäschesäcke. Dann wuchtet er noch einen fünften mit schwarzen Fußmatten hinein. Auf einem Schild an dem offenen Rollcontainer steht »Tour 17«. Manuel sichert die Ladung mit Spanngurten, springt aus dem Sprinter, schmeißt die Tür zu, läuft um das Fahrzeug und klettert auf den Fahrersitz. Seine Tourenapp verbindet er mit dem Mercedes-Transporter, wählt auf dem Smartphone die Route aus und dann gehts los.

Betrieb für Betrieb fährt Manuel ab, bringt saubere Arbeitskleidung und nimmt die getragene mit. Am Ende seiner Schicht liefert Manuel die eingesammelten Klamotten bei seinem Betrieb ab. Dort, am linksrheinischen Rand von Duisburg kurz vor Krefeld reinigen sie seine Kolleginnen und Kollegen, bessern sie gegebenenfalls aus oder tauschen sie aus.

Manuel arbeitet bei DBL Böge. Böge ist Textildienstleister und Anbieter von textilem Leasing. Das heißt, das Familienunternehmen vermietet Berufskleidung an Handwerksbetriebe, Metzgereien, Industriefirmen, Supermärkte und Gaststätten.

Über 1000 Betrieben bringt Manuel frische Klamotten

Direkt nach der Schule machte Manuel die Ausbildung zum Servicefahrer bei Böge. »Ich fahre gern Auto. Im Freundeskreis war ich immer der, der fährt. Da hat das gepasst.« Heute fährt Manuel rund 600 Kilometer pro Woche, schätzt er. Quer durchs Rheinland und das Ruhrgebiet. Vier Jahre war er Stammfahrer, seit elf Jahren ist er nun Springer. »Stammfahrer fahren immer die gleiche Tour, Springer fahren unterschiedliche. Ich springe ein, wenn einer krank oder im Urlaub ist«, erklärt der 34-Jährige und schiebt nach: »Es bringt mehr Geld, aber vor allem stehe ich auf die Abwechslung.« So hat Manuel rund 1000 Kunden im Kopf. Er weiß also, wie man hinfährt, wo man parken kann, wo die Schränke stehen.

Manuel ist kein einfacher Fahrer, er ist Servicefahrer. Auf den Unterschied legt er Wert, denn Manuel ist einer, der sich gern mit den Leuten austauscht. »Als Servicefahrer bringst du nicht nur die neuen Klamotten, du sprichst auch mit dem Kunden, was der braucht und was so ansteht.«

Manuel liebt seinen Job, auch wenn er ihm manchmal stinken müsste. »Es kann schon speziell riechen, wenn man Klamotten von der Tierverwertung oder von Metzgern abholt. Gerade, wenn die schon eine Woche im Spind liegen. Aber das macht mir nichts«, beteuert Manuel.

Interessant ist auch, was er oder seine Kolleginnen und Kollegen in den Taschen der Arbeitskleidung finden. »Oft sind es Handys oder Geld, manchmal auch Kondome«, berichtet der Metaller und erklärt, was sie mit den Sachen machen: »Jedes Kleidungsstück hat eine Nummer, so können wir zuordnen, wem die Jacke und der Inhalt gehört, und können den Kolleginnen und Kollegen Dinge von Wert wiederbringen.«

Manuel ist nach seiner Ausbildung der IG Metall beigetreten. Seit 2017 engagiert er sich im Betrieb als IG Metall-Betriebsrat, seit 2018 als Vorsitzender. Eine Sache, die Manuel und seinen Kollegen auf den Nägeln brennt, ist das Thema Geld. »Immerhin haben wir einen Haustarif, aber der liegt noch ein ganzes Stück unter dem Flächentarif.« Mithilfe der IG Metall wollen Manuel und seine Kolleginnen und Kollegen so schnell wie möglich Richtung Fläche. Um das zu erreichen, braucht es Stärke im Betrieb und die kommt durch die Mitglieder. Bei Böge sind rund 70 der 120 Beschäftigten IG Metall-Mitglied. Das freut Manuel: »Damit haben wir eine ganz gute Verhandlungsposition, aber natürlich würde helfen, wenn wir noch mehr wären.«

Helfen würde auch, wenn Betriebe darauf achten, dass sie ihre Arbeitskleidung bei den Firmen leasen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. »Das ist eine Forderung der IG Metall und da stehe ich voll dahinter«, betont Manuel. Manuel ist einer von 2,1 Millionen Mitgliedern, Manuel ist einer von uns.



*Waschen, ausbessern, ausliefern:
So sieht der Job der Metallerinnen und Metaller
beim Textildienstleister Böge aus.*

Fotos: Thomas Range

Wir sind die IG Metall

Wir sind über 2,1 Millionen Mitglieder in der IG Metall. Wir arbeiten in den unterschiedlichsten Branchen und haben die unterschiedlichsten Jobs. Doch eins haben wir alle gemeinsam: Wir wollen gute Arbeit!

Bahnbaustandorte gemeinsam stärken

BAHN

Trotz guter Auftragslage will der Bahnkonzern Alstom Arbeitsplätze an den deutschen Standorten abbauen und ein Werk verkaufen. Vor allem die Fertigung wandert nach Osteuropa. Eine Änderung der Vergabepolitik ist dringend nötig.

Von Jan Chaberny



Kämpferisch: Betriebsrat René Straube arbeitet seit 1981 im Waggonbauwerk Görlitz. Jetzt will er die Zukunft seiner Kolleginnen und Kollegen am Standort sichern.

Foto: Nikolai Schmidt

Die Hoffnung, sagt René Straube, die sei schon da gewesen, vor gut einem Jahr, als sie nach langen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber endlich ein Abkommen geschlossen hatten: einen Zukunftstarifvertrag, der die sechs deutschen Alstom-Fertigungsstandorte fit machen sollte – wettbewerbsfähig, ausgelastet und beschäftigungssicher. »Der Vertrag sollte eine Alternative sein zu den Plänen des Managements, Fertigung ins Ausland zu verlagern und Stellen abzubauen«, sagt Betriebsrat Straube. »Dafür war die Belegschaft bereit, etwas zu geben.«

Der Vertrag, der im April 2023 für eine Laufzeit von drei Jahren geschlossen wurde, sah vor, dass die Beschäftigten des französischen Schienenfahrzeugbauers finanzielle Beiträge – im Wesentlichen Urlaubsgeld, rund 34 Millionen Euro im Jahr – zunächst als Versicherung einbringen und das Unternehmen im Gegenzug keine Arbeitsplätze streicht sowie in die Werke investiert. »Der Kern des geschlossenen Vertrages war: Wir werden wettbewerbsfähig, indem an der Produktivität gearbeitet wird. Außerdem bekommen die Werke eine reelle Chance auf Auslastung.« Beides jedoch habe Alstom nicht eingelöst. IG Metall und der Gesamtbetriebsrat von Alstom sahen sich im Frühjahr 2024 gezwungen, den Zukunftstarifvertrag zu kündigen. »Aufgrund der Untätigkeit und des offenen Bruchs des Tarifvertrags durch den Arbeitgeber fordert die IG Metall das im Zukunftstarifvertrag eingebrachte Urlaubsgeld der Beschäftigten nun zurück«, sagt Jochen Homburg, Verhandlungsführer der IG Metall. Aktuell sind rund 1800 Klagen auf Rückforderung des Urlaubsgelds an sechs verschiedenen Arbeitsgerichten in der Republik anhängig.

»Die Antwort des Unternehmens war ein angekündigtes großflächiges Stellenstreichungsprogramm«, sagt Betriebsrat René Straube. Betroffen sind viele der insgesamt 14 deutschen Alstom-Standorte, an denen derzeit rund 9600 Menschen arbeiten.

So soll das Werk in Hennigsdorf seine Fertigung von Neufahrzeugen weitestgehend verlieren, der Betrieb in Mannheim seine Produktion. Und der Standort in Görlitz, an dem derzeit rund 700 Beschäftigte vor allem im Rohbau tätig sind, soll sogar bis Ende März 2026 verkauft werden. Anfang Februar gab Alstom dann bekannt, sich mit dem deutsch-französischen Rüstungsunternehmen KNDS über die Zukunft des Standorts geeinigt zu haben. KNDS wird in Görlitz Teile für seinen Radpanzer fertigen. Insgesamt sollen etwa 350 bis 400 Beschäftigte direkt übernommen werden, 75 weitere könnten anderswo bei KNDS unterkommen. 100 Beschäftigte will Alstom behalten, allerdings an anderen Standorten. Für alle anderen werde es sozialverträgliche Lösungen geben. »Die Abbaupläne von Alstom sind ein Verstoß gegen den Zukunftstarifvertrag«, sagt Straube. »So etwas habe ich noch nicht erlebt.«

Dabei hat René Straube schon viel erlebt. Seit 1981 arbeitet er im Waggonbauwerk in Görlitz, seit 2016 ist er Betriebsratsvorsitzender am Standort. Von 2018 bis Anfang 2025 war er Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Alstom in Deutschland. Straube, 60 Jahre alt, hat schon viele Geschäftsführer kommen und gehen gesehen, viele Konzernstrategien erlebt. Es schmerzt ihn zu erleben, was gerade bei Alstom passiert.

»Die Strategie des Unternehmens ist nicht erfolversprechend«, sagt Straube. Alles, was Fertigung sei, laufe Richtung Osten. »Wir müssen wegkommen von der Strategie, möglichst alles in Niedriglohnländer zu verlagern. Wir brauchen Local-Content-Regelungen.« Das fordert auch Jürgen Kerner.

»Uns geht es darum, das Gesamtsystem Schiene zu stärken«, sagt der Zweite Vorsitzende der IG Metall. »Damit das gelingt, müssen die Vergaberichtlinien des Bundes und der Länder soziale, ökologische und innovationsfördernde Kriterien umfassen.« Kerner will, dass bei öffentlichen Ausschreibungen von Aufträgen, die mit Steuergeldern finanziert werden, verbindliche Quoten für Local-Content-Anteile angewendet werden müssen. Aber nicht nur da.

Wertschöpfung in Deutschland

Die IG Metall fordert eine europäische Local-Content-Strategie. Für alle industriellen Produkte, die in Europa vermarktet werden, müsse es einen verpflichtenden Anteil europäischer Komponenten geben. »Wer Europa als Markt sieht, der muss auch anteilig für Beschäftigung in Europa verantwortlich sein«, so Kerner. Nötig sei ein Kulturwandel in der Vergabepaxis hin zu mehr Local Content, um Qualität, Innovationen und damit den Industriestandort zu stärken.

Ausgeschlossen wäre damit, dass steuerfinanzierte Aufträge des Bundes oder der Länder an deutschen Standorten vorbeigehen – so, wie es bei Alstom in der Vergangenheit bei einem Projekt des Landes Baden-Württemberg geschehen ist: Der Auftrag umfasste 130 elektrische Doppelstockzüge, das Projekt hatte ein Fertigungsvolumen von insgesamt 1,3 Milliarden Euro. Die deutschen Standorte allerdings, obwohl bestens ausgerüstet und ausgestattet, gingen komplett leer aus.

»Wir sind an unseren Standorten super gut aufgestellt«, sagt Stefan Lürer, der neue Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Alstom in Deutschland. »Görlitz ist spezialisiert auf Rohbau, den Wagenkastenbau. Die Kolleginnen und Kollegen in Bautzen sind Profis im Innenausbau. Am Standort Hennigsdorf gibt es große Kompetenz im Engineeringbereich.«

Allein: Gebracht hat ihr Know-how den deutschen Standorten nichts. Auch bei einem weiteren Milliardenprojekt, bei dem Alstom neue S-Bahnen für die Stadt Köln baut, sind die deutschen Fertigungsstandorte weitgehend nicht berücksichtigt. Stefan Lürer und sein Team kämpfen nun dafür, dass sich diese Unternehmenspolitik, die zulasten der deutschen Standorte geht, grundlegend ändert. »Die Auftragslage des Unternehmens ist so gut, dass eigentlich genug Arbeit für alle Standorte da ist«, sagt der 56-Jährige.

Kein Abbau von Beschäftigung

Die einseitige Fertigungsvergabe an die Alstom-Standorte im Osten, vor allem nach Breslau und Kattowitz, sei eine »ungesunde Verteilung«, die zwar auf den ersten Blick Kosten spare, in Wahrheit aber Probleme schaffe.

»Selbstverständlich kostet die Arbeitsstunde eines Schweißers in Polen weniger als die in Görlitz«, sagt Lürer. Nur: Der Vergleich von Kosten für eine Arbeitsstunde führe zu nichts. Die Alstom-Standorte im Osten kämen mit der schier Masse logistisch an ihre Grenzen: Die Organisation der Arbeit sei komplex, Qualitäts- und Zeitprobleme seien die Folgen. »Und gleichzeitig sind einige der deutschen Standorte nicht ausreichend ausgelastet. Das kann so nicht bleiben.«

Lüer und sein Team drängen deshalb darauf, dass das Unternehmen schnell reinen Tisch macht: dass Alstom die Kündigung des Zukunftstarifvertrags akzeptiert und die Gelder der Beschäftigten zurückzahlt – und dann mit dem Gesamtbetriebsrat Gespräche über die deutschen Standorte führt. »Unsere Verhandlungslinie ist klar: Es darf keinen Abbau von Beschäftigung geben. Es geht darum, die Fertigungstiefe an den deutschen Standorten zu halten und Arbeitspakete zurück ins Land zu holen.«



Foto: Lando Hass

»Wir wollen das Gesamtsystem Schiene stärken. Öffentliche Aufträge müssen zu einem hohen Wertschöpfungsanteil in Deutschland führen.«

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall



Foto: privat

»Es darf keinen Abbau von Beschäftigung geben. Wir müssen Arbeitspakete zurück an die Standorte holen.«

Stefan Lüer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Alstom

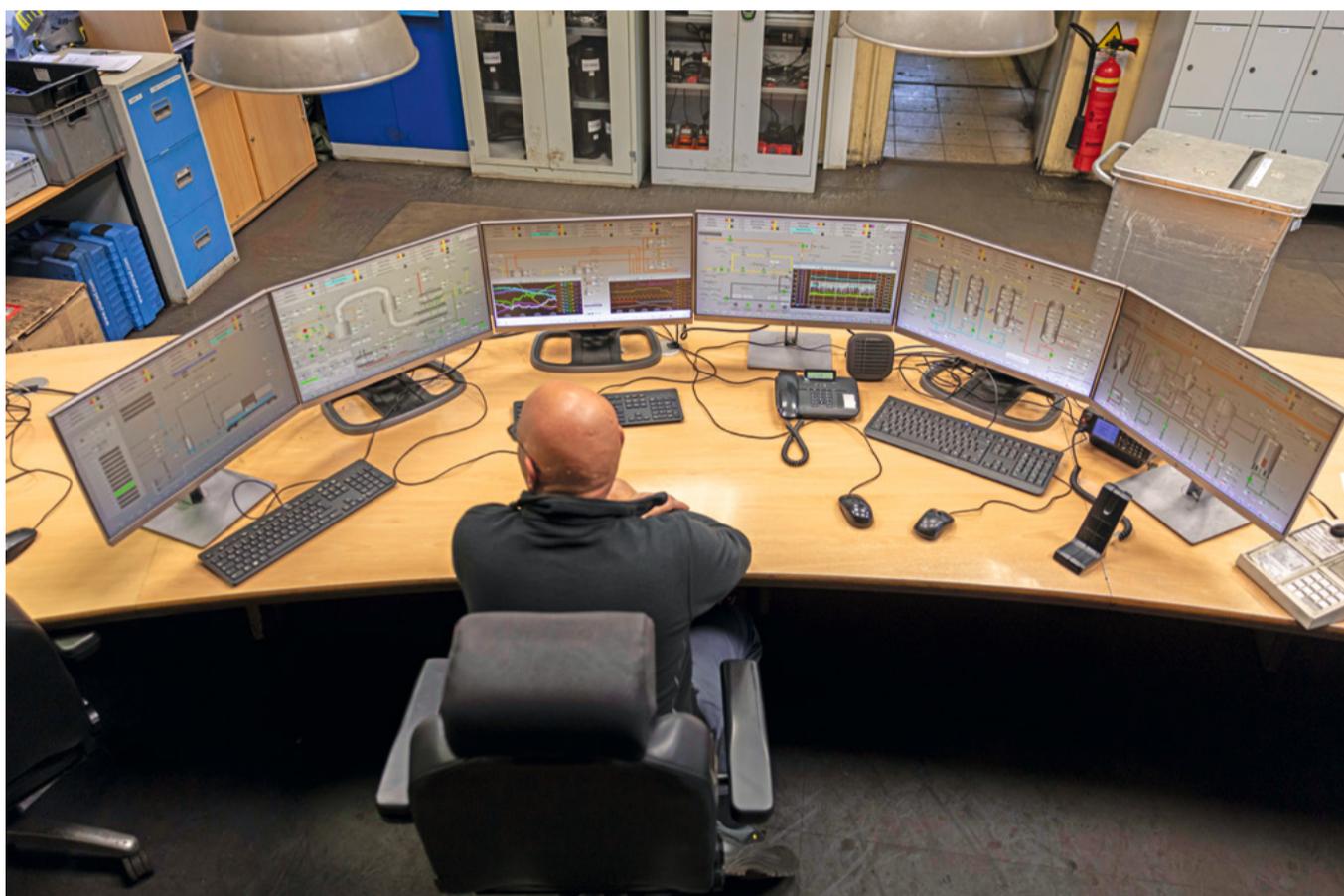
Bildung

Der Meister steigt im Ansehen

WEITERBILDUNG

Der Meistertitel bürgt für Qualität. Durch die Aufwertung beruflicher Bildung steigt sein Ansehen weiter. Weil Fachkräfte gesucht sind, gibt es in den meisten Bundesländern Förderprogramme für Industrie- und Handwerksmeister. Das ist gut für die Beschäftigten.

Von Martina Helmerich



Im Leitstand der Gaswarte überwacht Industriemeister Mario Urbschat, 54, mit seinen Kollegen die Produktion in der Kohlenwertstoffanlage.

Foto: Marek Kruszewski

Mario Urbschat gehört zur Betriebsleitung der Kokerei von Salzgitter Flachstahl. Als Industriemeister Hüttentechnik, Fachrichtung Metallurgie, sorgt er dafür, dass Kohlenwertstoffe aus dem Verkokungsprozess hergestellt werden. Die Kokerei, in der Mario arbeitet, produziert täglich aus Steinkohle 3800 Tonnen Koks. Das Koks – fast reiner Kohlenstoff – wird bei der Produktion von Roheisen gebraucht, um dem Eisenerz den Sauerstoff zu entziehen.

Mario faszinierte schon als Auszubildender bei Salzgitter Flachstahl, wie die einzelnen Vorgänge beim Herstellen von Metall ineinandergreifen. Als gelernter Verfahrensmechaniker und Maschinist am Hochofen sammelte er erste Berufserfahrung. Dann, vor 17 Jahren, entschied er sich, einen Schritt weiter zu gehen und den Meister draufzusatteln. »Das war schon anstrengend, mit Mitte 30 noch mal in die Schule zu gehen und zu büffeln«, erinnert sich Urbschat. »Geholfen hat mir der Zusammenhalt unter meinen Kollegen in der Meisterausbildung. Wir haben uns gegenseitig unterstützt und aufgebaut. Denn den Meister macht man nicht so einfach nebenbei.«

Zwei- bis dreimal die Woche musste Mario nach der Arbeit in den Unterricht. Praktisch war, dass sich das Ausbildungszentrum schon damals direkt auf dem Firmengelände befand und er keine weiten Wege hatte. Nach zwei Jahren hatte Urbschat den Meisterbrief in der Tasche. Danach wurde er im Werk in der Ausbildung eingesetzt. Sein Fachwissen an die nächste Generation weiterzugeben, macht ihm viel Freude. Inzwischen ist er Betriebsassistent bei Salzgitter Flachstahl.

In dieser verantwortlichen Position ist er für 35 Kolleginnen und Kollegen zuständig. Er würde den Meister wieder machen, sagt Mario Urbschat im Rückblick. »Beruflich hat mich das sehr weitergebracht.« Anderen Kolleginnen und Kollegen rät er zur Weiterbildung. »Wer von einem anerkannten Ausbildungsberuf aus den Fachrichtungen Hüttentechnik, Metall oder Chemie kommt, hat die nötigen Voraussetzungen. Aber auch Quereinsteiger wie Elektroniker oder Kfz-Mechatroniker können den Industriemeister Hüttentechnik machen.«

Meisteranwärter besuchen eine Meisterschule oder Vorbereitungskurse. Die sind oft in Vollzeit oder berufsbegleitend möglich. Anbieter sind die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern oder private Bildungseinrichtungen. Die Meisterausbildung im Handwerk besteht aus Fachpraxis, Fachtheorie, Betriebswirtschaft und Recht sowie der Ausbildereignungsprüfung. Im Handwerk wird die Prüfung von einem Prüfungsausschuss bei der zuständigen Handwerkskammer abgenommen und besteht aus theoretischen, praktischen und mündlichen Prüfungsteilen. Mit der Ausbildereignung im Meisterbrief darf man im erlernten Beruf Azubis ausbilden.

Unterstützung dank Aufstiegs-BAföG

Die Ausbildung zum Meister wird durch das Aufstiegs-BAföG gefördert. Diese Förderung wird umgangssprachlich auch Meister-BAföG genannt. Das Aufstiegs-BAföG basiert auf dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Das Aufstiegs-BAföG bietet Zuschüsse und Darlehen: Ein Teil der Kosten für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren wird als Zuschuss gewährt, der nicht zurückgezahlt werden muss. Der Rest kann durch ein zinsgünstiges Darlehen finanziert werden.

Wer sich nach der Meisterausbildung im Handwerk selbstständig macht, kann unter bestimmten Bedingungen einen Teil des Darlehens erlassen bekommen. Bis zu 75 Prozent der staatlichen Förderung gibt es als Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss. Das Meister-BAföG ist steuerfrei und muss nicht in der Steuererklärung angegeben werden.

Förderung durch die Bundesländer

Der Meister steigt in der öffentlichen Wertschätzung, weil der Mangel an Fachkräften spürbar zunimmt. Die meisten Bundesländer bieten finanzielle Hilfen, um die Meisterausbildung zu erleichtern und die Hürden zu senken. Denn Meister zu werden geht ins Geld. Je nach Gewerk summieren sich die Kosten auf bis zu 10 000 Euro für Kursgebühren, Materialkosten für das Meisterstück, Prüfungsgebühren, Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwendungen und eventuell Verdienstausschlag. In manchen Fällen übernimmt der Arbeitgeber die Kosten oder einen Teil davon. Es gibt je nach Bundesland unterschiedliche Prämien für Beschäftigte, die eine Weiterbildung zum Meister machen wollen. Eine Reihe von Bundesländern gewähren die sogenannte Meistergründungsprämie. Handwerker mit einer abgeschlossenen Meisterfortbildung können einen Zuschuss von mehreren Tausend Euro bekommen, wenn sie einen Betrieb gründen oder übernehmen.

Den erfolgreichen Besuch der Meisterschule honorieren unter anderem Bayern, Sachsen und das Saarland mit einem »Meisterbonus«, einer Prämie, die das Land den erfolgreichen Prüfungsabsolventen als Einmalzuschuss zukommen lässt. Sowohl eine Meistergründungsprämie als auch einen Aufstiegs- oder Meisterbonus bieten aktuell die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Bayern gibt es 3000 Euro als Bonus für eine bestandene Meisterprüfung. Seit Juni 2024 wird in Hessen eine Prämie von 3500 Euro gezahlt. In Berlin wurde der Meisterbonus neu eingeführt und beträgt dort bis zu 6000 Euro. Es lohnt sich also, sich im jeweiligen Bundesland nach Fördermöglichkeiten zu erkundigen.

Das bringt der Meisterbrief

Die bestandene Meisterprüfung ist dem Bachelor gleichwertig. Der Meistertitel bietet neben der Möglichkeit, sich selbstständig zu machen, die Chance auf Positionen als Schicht-, Produktions- oder Betriebsleiter. Man kann studieren oder sich zum technischen Betriebswirt weiterbilden. Wer Meister ist, kann auch als Prüfer benannt werden. Er übernimmt dann

die Aufgabe, die Abschlussprüfungen von Auszubildenden oder Gesellen zu beurteilen. Auch Mario Urbschat ist als Prüfer bei der IHK tätig. »Dadurch bleibe ich immer am Ball und weiß, was sich in meinem Beruf technisch tut.« Sowohl für den Industriebereich als auch für das Handwerk benennt die IG Metall Prüfende und sorgt damit für ein hohes Aus- und Weiterbildungsniveau.

Wichtig zu wissen

- Jährlich machen 30 000 Männer und Frauen ihren Meister, ein Drittel davon den Industriemeister, zwei Drittel den Handwerksmeister.
- Der Industriemeister organisiert und optimiert Produktionsprozesse in Industrieunternehmen.
- Der Handwerksmeister ist stärker praktisch und auf die Führung eines Betriebs ausgerichtet.
- Voraussetzung ist die abgeschlossene Berufsausbildung im entsprechenden Beruf.
- In Vollzeit dauert die Weiterbildung zum Meister in der Regel mindestens ein Jahr, berufsbegleitend in Teilzeit ein bis drei Jahre.
- Je nach Fachrichtung fallen Kosten von 4000 bis 10 000 Euro an.
- Finanzielle Unterstützung bieten das bundesweite Aufstiegs-BAföG und die Meisterprämie, die es in den meisten Bundesländern gibt.



Foto: Marek Kruszewski

»Wichtig ist der Zusammenhalt in der Meisterschule. Den Meister macht man nicht mal eben so.«

Mario Urbschat, Industriemeister Hüttentechnik, Salzgitter Flachstahl



Verkürzt das Warten auf den Urlaub in Spanien: die köstliche Tortilla Española nach einem Rezept unserer Kollegin Heidi Montes Gonzales. Guten Appetit!.

Foto: Katrin Winner

Schmeckt auch kalt lecker: Tortilla Española

Die Metallerin und Betriebsrätin Heidi Montes Gonzalez hat uns ein spanisches Rezept »zum einfachen Nachkochen« zugeschickt – und schließt damit auch gleich eventuell vorhandene Bildungslücken: »Tortilla bezeichnet ein spanisches Omelett. Die Tortilla Española – auch Tortilla de Patatas (Kartoffeltortilla) – ist ein aus Ei, Kartoffeln und Zwiebeln in einer Pfanne mit Öl gebratenes kreisförmiges Omelett. Die spanische Tortilla ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen mexikanischen Brotfladen.«

Und so wird sie gemacht: Die Zwiebeln schälen, schneiden und in einer Pfanne im Öl dünsten. Kartoffeln schälen, hobeln, dazugeben und bei milder Hitze zugedeckt weich dünsten. Champignons putzen, entstielen, blättrig schneiden. Anschließend die Kartoffeln zum Rand der Pfanne schieben und in der Mitte die Champignons dünsten. Alles mischen, gut rösten. Knoblauch pressen und kurz mitbraten (nicht braun werden lassen), alles salzen. Vom Herd nehmen, etwas abkühlen lassen.

Eier, wenn gewünscht mit Milch oder Sahne, verquirlen, kräftig mit Salz und Pfeffer abschmecken und über die Kartoffeln gießen, kurz mischen. Wieder auf den Herd geben und bei mittlerer Hitze stocken lassen. Wenden (notfalls mithilfe eines Tellers) und auch die andere Seite braten. Gut schmeckt dazu geriebener Emmentaler: Zum Schluss auf beide Seiten streuen und nochmals kurz braten. In Kuchenstücke schneiden und servieren. Dazu passt Salat; schmeckt auch kalt superlecker!«

Zutaten für vier Personen

800 g Kartoffeln

2 Zwiebeln

400 g frische Champignons

2 Knoblauchzehen

8 Eier

eventuell 200 ml Milch oder Sahne

Öl

Salz und Pfeffer

eventuell Emmentaler Käse

frische Kräuter zum Verzieren, zum Beispiel Basilikum oder Thymian

Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblings-rezept. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an:

metall@igmetall.de

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/registrieren

Podcast: Wenn Dir die KI die Karriere versaut

Ob wir befördert oder gekündigt werden, entscheiden immer öfter digitale Systeme. In Folge 35 unseres Podcasts hörst Du, wie wir Beschäftigte schützen können.

igmetall.de/maloche-malibu

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: igmetall.de/vor-ort

Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

metall@igmetall.de

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?
Ich freue mich auf Deine E-Mail!

fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

Beauftragte der Herausgeber: Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Antonela Pelivan, Leonie Scholz, Jacqueline Sternheimer

Bildredaktion: Theresa Rundel

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

Layout und Gestaltung

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Ober-Ramstadt

wedel@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.